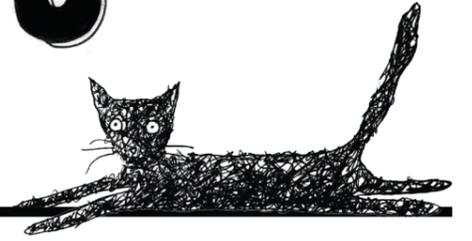




Tacheles

kritisch · solidarisch · lokal



Editorial

Es ist wieder soweit! Eine nigelnagelneue Ausgabe der Tacheles hat den Weg zu euch gefunden. Hoffentlich seid ihr so aufgeregt wie wir, denn wir können berichten: Es wurde wieder besetzt! Ganz viel Spannendes zum besetzten Kloster in der Lousbergstraße findet ihr in unserem Extrablatt auf Seite sieben und acht. Weitere lokale Nachrichten gibt's zur sich anbahnenden Räumung in Lützerath. Außerdem schauen wir international auf die EU-Außengrenze zwischen Bosnien und Kroatien.

Leider kommen wir nicht drum rum darauf hinzuweisen, dass wir ein spendenfinanziertes Projekt sind und uns über jeden Euro freuen, den ihr bereit seid, an uns abzudrücken.

Ach ja, wir haben noch eine kleine Überraschung anzukündigen: Es wird gemunkelt, dass das Autonome Zentrum Aachen seine Türen wieder geöffnet hat. Deswegen laden wir zur ersten Tacheles Release Kneipe ein, um auf die neue Ausgabe anzustoßen. Lasst euch die Chance nicht entgehen, die Redakteur*innen eurer Lieblingszeitung live und in Farbe zu treffen. Alle weiteren Infos findet ihr auf der letzten Seite.

So jetzt aber genug geplappert, fangt an zu lesen und gönnt euch die Tacheles!

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen



Das besetzte Kloster in der Lousbergstr. 14: „Wohnraum für alle - Stadt von unten aufbauen.“ (Bild: red)

Das Kloster lebt!

Gute Ideen brauchen keine Erlaubnis

Extrablatt zur Besetzung in der Lousbergstraße

→ Extrablatt auf Seite 7 & 8

Was steckt drin?

Lokal: Lützerath unräumbar machen · Protestkultur in Aachen 2

Ein Lied: Armin · Koem noeh Heäm du Jeck! · Gira Por La Vida 3

Festung Europa: Auf der Flucht 4

Bildreportage: Lost in Bosnia 6

Extrablatt: Besetzen statt besitzen · Protestkultur Klosteredition · Interview mit dem ehm. Hausmeister 7

Let's squat · Leerstand in Aachen 8

Lokal: Marlon Gego ist und bleibt ein miserabler Journalist · Gastbeitrag: Racial Profiling · Sudoku 9

Geschichte & Gegenwart: Grenzüberschreitungen 10

Novembergedenken · Esther Bejarano 11

Feminismus: Keine mehr - Wir wollen uns lebendig! · Leser*innenbrief: Triggerwarnungen · Filmrezension: Je suis Karl 12

Leser*innenbrief: Sexarbeit · Safe Abortion Day 2021 13

Horoskop · Mikeschs Tipps und Tricks · Über uns · Gedicht: Gegen Montag · Einladung 14

Lützerath unräumbar machen

1,5 Grad sind nicht verhandelbar

Seit über einem Jahr wird in Lützerath ein Ort des Widerstands aufgebaut. Im August 2020 entwickelte sich aus einer Mahnwache gegen den Abriss der Landstraße (L277) zwischen Lützerath und Keyenberg die Grundlage für die Wiederbelebung des Dorfes und den dauerhaften Widerstand gegen die zerstörerischen Arbeiten von RWE.

Jeder Versuch von RWE die Häuser, Straßen oder Bäume in Lützerath zu zerstören wurde von lautstarken Protesten begleitet: Aktivist*innen kletterten auf Bäume und verhinderten in Schaukeln, Hängematten und Traversen deren Rodung. Auch der Abriss der ersten Häuser wurde durch Besetzung von Arbeitsgeräten, Straßen und Hausdächern massiv erschwert.

Nun sind die verbliebenen Bäume nahezu vollständig mit Baumhäusern, Plattformen und Schaukeln bestückt. Auf der großen Wiese, die vor ein paar Monaten noch landwirtschaftlich genutzt wurde, stehen jetzt viele Bambusstrukturen, Tripods und aus Paletten gebaute Holzhütten. Besonders heraus sticht eine riesige Struktur aus Bambusstämmen, die sechs Meter in den Himmel ragt und von den Aktivist*innen als „Crazy Pod“ bezeichnet wird.

„Es ist ein unglaubliches Gefühl durch Lützerath zu laufen, überall wuseln Menschen rum, binden große Holzstämmen zusammen, ziehen Plattformen in die Bäume oder verbinden diese mit Traversen. Jeden Tag entsteht etwas neues!“, beschreibt eine Aktivistin das Treiben vor Ort. Das Leben in Lützerath wird dabei komplett von den Aktivist*innen selbst organisiert. In der „Küche für Alle“ wird jeden Tag veganes Essen für alle Menschen im Ort gekocht. Außerdem gibt es eine Awareness-Hütte, ein Sani-Zelt und ein großes Zirkuszelt für Veranstaltungen und Plena. Safer-spaces, also Orte, an denen sich Menschen zurückziehen können, die in unserer

Gesellschaft diskriminiert oder marginalisiert werden, sind auch schon entstanden.

Zwar sind diese Strukturen für die anstehende Räumung unglaublich wertvoll, den Menschen in Lützerath geht es aber um mehr als nur den Abriss der Häuser zu verhindern. „Wir haben hier einen Ort des widerständigen Lebens geschaffen. Hier versuchen wir uns ohne kapitalistische Leistungszwänge zu bilden und unsere Autonomie in die Praxis umzusetzen. Diese zu verteidigenden Gebiete nennen wir nach dem Vorbild französischer Kämpfe „Zone à défendre“, oder ZAD. Denn Lützerath ist bedroht und wird von RWE und Polizei angegriffen.“

Wir stehen vor dem letzten Showdown um die Kohle im Rheinland!

Der Braunkohlebagger 258 ist nämlich keine 200 Meter mehr von Lützerath entfernt und gräbt sich geradewegs auf die erste Baumreihe am Dorfrand zu. Diesen Herbst wollen RWE und die Landesregierung NRW Lützerath dem Erdboden gleich machen. Mit der Zerstörung von Lützerath sollen Fakten geschaffen werden, bevor das Enteignungsverfahren von Eckardt Heukamp abgeschlossen ist. Der Landwirt klagt mittlerweile in zweiter Instanz gegen seine vorzeitige Besitzeinweisung, die im Namen des Gemeinwohls geschehen soll. Dass eine Zwangsenteignung im Angesicht der Klimakrise rechtens ist wagen viele Menschen zu bezweifeln. Eckardts Rechtsanwältin Roda Verheyen kommentiert dazu: „Es sollte (...) klar sein, dass die nach den alten Regeln und letztlich auf verfassungswidriger Grundlage geplante Inanspruchnahme von Lützerath und damit des Hofs meines Mandanten nicht im öffentlichen Interesse ist.“

→ Fortsetzung auf Seite 2

Auf der Flucht

„This might seem like a game to others, but we are playing it with our bodies“

Diese Reportage basiert auf Interviews und Gesprächen, die im Juni 2021 an der bosnisch-kroatischen Grenze geführt wurden. Alle Namen wurden von der Redaktion geändert.

Hamidah ist mit ihrem Mann und ihren zwei Kindern hier. Sie ist mit fünf Jahren aus Afghanistan in den Iran geflohen, nachdem ihr Onkel von den Taliban ermordet wurde. „Wir haben schon eine lange Zeit im Iran gelebt, aber wir konnten keine ID bekommen“, erzählt sie. „Ich bin dort sechs Jahre zur Schule gegangen. Dann hat die Regierung zu allen Menschen aus Afghanistan gesagt, dass sie wieder in ihr Land zurück gehen sollen. (...) Und dann kam die Polizei zum Haus meiner Mutter, hat alle in ein Auto gesteckt und zurück nach Afghanistan geschickt. Ab dann hatten wir keine Dokumente mehr. Für die Kinder, um zu arbeiten, um eine Wohnung zu mieten, für alles braucht man eine ID. Sogar um eine SIM-Karte zu kaufen. (...) Deswegen mussten wir den Iran verlassen. Ich wollte, dass meine Kinder zur Schule gehen können.“

Und sie konnten nicht zur Schule gehen, weil mein Mann und ich keine ID-Karte hatten.“

Hamidah und ihre Familie fliehen über die Türkei nach Griechenland. Doch auch dort ist ein normales Leben nicht in Sicht: Ihr Termin für die Asyl-Anhörung wird immer weiter aufgeschoben, so dass die Familie drei Jahre lang im Unklaren leben muss. Das Geld, was sie bekommen, reicht kaum zum Leben: „400 € für vier Personen ist sehr wenig. Du kannst gerade so etwas Essen kaufen, dann ist es weg.“ Deshalb müssen sie und ihr Mann, wie viele andere Geflüchtete auch, in ausbeuterischen Verhältnissen arbeiten. „Wir haben 1,50 € pro Stunde verdient. Ich habe dort ein Jahr lang zehn Stunden am Tag gearbeitet. Die Arbeit war nicht gut, aber ich musste hin, weil wir Geld brauchten.“ Weiter nach der Arbeit gefragt, sagt sie: „Das ist Arbeit für Afghan*innen. Nicht offiziell. Nicht normale Arbeit. Wenn die Polizei kommt, verhaften sie alle. Sie nennen es Schwarzarbeit - nicht weiße Arbeit.“

→ Fortsetzung auf Seite 4



Zeltsiedlung in der bosnischen Grenzregion

(Bild: Privat)

Protestkultur in Aachen

Hier findet ihr einige Kurzmeldungen zu Protestaktionen in und um Aachen. Wenn ihr etwas verbochen habt und es hier auftauchen soll schreibt uns eine Mail! Uns geht leider immer etwas durch die Lappen, weil einfach zu viel passiert, deswegen erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

31. Oktober: Über 5.000 Menschen demonstrieren mit unterschiedlichsten Aktionsformen in Lützerath gegen Kohleverstromung.

30. Oktober: Gemeinsame Anreise aus Aachen nach Köln zur Versammlungsgesetz NRW stoppen Demo.

23. Oktober: Blockade der A100 in Berlin auch durch Aktivist*innen von Fridays For Future aus Aachen. Zusammen kämpfen die Aktivist*innen für Klimagerechtigkeit.

22. Oktober: Kundgebung in Solidarität mit Domenico Lucano am Marktplatz von Seebrücke Aachen und Bürger*innen Asyl.

17. Oktober: „Kopi bleibt“ Graffiti in der Nähe vom Ponttor und im Frankenberger Park aufgetaucht.

10. Oktober: Über 700 Menschen beim Dorfspaziergang in Lützerath. Der Widerstand in der ZAD Rheinland (franz.: zone à défendre) wächst.

03. Oktober: Kundgebung vor dem Polizeipräsidium Aachen. In mehreren Redebeiträgen wird die Freilassung der „Wilden 13“ gefordert, die am 01. Oktober bei der Baggerbesetzung festgenommen wurden. Außerdem werden die Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit durch die Polizei Aachen kritisiert.

02. Oktober: Erneuter Stopp eines Baggers im Tagebau Garzweiler II, nach den unverhältnismäßigen, illegalen Ingewahrsamnahmen und Schikanierungen durch die Cops im Nachgang der ersten Besetzung.

01. Oktober: Über neun Stunden werden zwei Absetzer und ein Bagger im Tagebau Garzweiler II von Aktivist*innen besetzt. Sie nehmen den Kohleausstieg selbst in die Hand und kämpfen für eine klimagerechte, antirassistische und antikapitalistische Welt. „Für ein gutes Leben für Alle!“

28. September: Kundgebung zum Tag für sichere Abtreibung am Elisenbrunnen. „Weg mit §§ 218 und 219a!“ Über 200 Menschen waren vor Ort.

24. September: Globaler Klimagerechtigkeitsstreik von Fridays For Future mit drei Demozügen und ca. 3.500 Teilnehmer*innen.

22. September: Banner mit der Aufschrift: „Ferries not Frontex - Leave no one behind“ schmückt einen Baum im Frankenberger Park.

14. September: Seebrücke Aachen demonstriert am Markt für Menschenrechte. Ein Monat vor der Bundestagswahl fordern die Aktivist*innen Verantwortungsübernahme von den Politiker*innen. Außerdem fordern sie Entkriminalisierung von Seenotrettung und sichere Fluchtwege.

11. September: Im Moltkepark taucht ein Banner mit der Aufschrift „Laschet einfach lost“ auf.

04. September: Der Hambis-Support Aachen steht mit einem Stand in der Innenstadt neben einem Wahlkampfstand der CDU. Mit dabei ein Banner mit „Braunkohlejunkie Armin Laschet“ (eine zweite Version).

→ Fortsetzung auf Seite 3

Lützerath unräumbar machen

1,5 Grad sind nicht verhandelbar



„Crazypod“: aus Bambus und Polypropylen gebaute Struktur zum Beklettern.

(Bild: Privat)

→ Fortsetzung von Seite 1: Lützerath unräumbar machen

Im öffentlichen Interesse ist aber wirksamer Klimaschutz, er ist sogar nötig zum Schutz von Freiheitsrechten.“

Mit der Besitzeinweisung würde Heukamps Grundstück ab dem 01. November 2021 in den Besitz von RWE übergehen, ohne dass abschließend geklärt ist, ob der Landwirt wirklich enteignet werden darf.

„Ich bewirtschafte diesen Hof in der vierten Generation. Es darf doch nicht sein, dass RWE mein Zuhause abreißen darf, noch bevor die Gerichte in letzter Instanz geklärt haben, ob man heutzutage überhaupt noch Menschen für den Abbau klimaschädlicher Braunkohle enteignen darf“, so Eckardt Heukamp.

Innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre wird sich zeigen, ob unrevidierbare Kippunkte des Erdklimas überschritten werden. Das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung warnt bereits jetzt davor, dass einige Kippunkte schon erreicht sein könnten. Das Abschmelzen der Gletscher in Grönland ist unwiderruflich in Gang gesetzt worden. Ein Erreichen weniger lokaler Kippunkte kann eine Kaskade auslösen. In dem Fall ist eine Erderwärmung von vier bis fünf Grad nicht mehr zu verhindern. Die Wissenschaftler*innen halten deshalb eine radikale Reduzierung in der Verbrennung fossiler Energieträger für unverhandelbar. Das rheinische Braunkohlerevier ist die größte CO₂-Quelle Europas und damit maßgebend an der Erderwärmung beteiligt. Für viele Menschen in der Region ist es so etwas wie eine Lebensaufgabe geworden die Zerstörung durch RWE zu stoppen.

Mit der Zerstörung von Lützerath sollen Fakten geschaffen werden, bevor das Enteignungsverfahren von Eckardt Heukamp abgeschlossen ist.

„Viele von uns kämpften im Hambacher Forst und haben dafür gesorgt, dass er erhalten bleibt. Jetzt liegt es wieder an uns, den Konzern und seine Verwertungslogik in die Schranken zu weisen. Wenn RWE diesen Herbst Lützerath zerstören will, legt der Konzern ich mit einer Bewegung an, die sich nicht mehr aufhalten lässt. Wir stehen vor dem letzten Showdown um die

Kohle im Rheinland!“ sagt ein*e Aktivist*in.

Jetzt gibt es ein neues Gutachten, durchgeführt von Wissenschaftler*innen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), welches in zweierlei Hinsicht von Bedeutung ist: Erstens bezieht es sich im Gegensatz zu vorherigen Untersuchungen spezifisch auf das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens, welches für uns die absolute Grenze für die globale Erwärmung darstellt. Diese Grenze darf keinesfalls überschritten werden, um die dramatischen Folgen der Klimakrise, wie Naturkatastrophen, Dürren und Überschwemmungen noch begrenzen zu können.

Zweitens schließt es Lützerath mit ein und weist darauf hin, dass Lützerath – sofern das 1,5 Grad-Ziel verfolgt wird – nicht abgebaggert werden darf.

Nach dem Plan vom DIW dürfen maximal noch 200 Mio. Tonnen CO₂ freigesetzt werden, um das 1,5 Grad-Ziel mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit zu erfüllen. Bei dieser Menge könnten laut der Studie Lützerath und 5 weitere Dörfer bei Garzweiler erhalten bleiben, welche nach aktuellem Plan noch zerstört werden sollen. Trotzdem plant RWE weiterhin 780 Mio. Tonnen Braunkohle aus der Erde zu holen und zu verfeuern, also knapp das Vierfache des Budgets, welches nach dem Gutachten mit dem 1,5 Grad-Ziel vereinbar wäre.

Auch wenn das Gutachten ein Schritt in die richtige Richtung ist, stellt der vorgeschlagene Weg keine vollständige Lösung zur Bewältigung der ökologischen und sozialen Krise dar. Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Der vorgeschlagene Pfad geht von einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit aus das 1,5 Grad Ziel einzuhalten. Das ist zu wenig!

Mit jeweils 50 Prozent Wahrscheinlichkeit könnten 1,5 Grad eingehalten werden, aber genauso gut auch überschritten werden. Wie absurd das ist zeigt eine einfache Analogie: Wir würden uns nie in ein Flugzeug setzen, das mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit abstürzt. Deswegen muss sichergestellt werden, dass die durchschnittliche Erderwärmung 1,5 Grad nicht überschreitet und dass sie, wenn möglich, noch deutlich darunter bleibt.

Wir würden uns nie in ein Flugzeug setzen, das mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit abstürzt

2. Der Plan geht ausdrücklich davon aus, dass „größere Verantwortlichkeiten durch die höheren historischen Emissionen vernachlässigt“ werden. Das bedeutet, dass es weiterhin hingenommen würde, dass andere – zumeist weniger privilegierte – Länder den durch uns erzeugten Schaden ausbaden müssten.

Dies steht den Anforderungen für eine gerechte Verteilung der verbliebenen Emissionsmengen entgegen und schließt die historische Verantwortungsübernahme im Rahmen des entworfenen Ausstiegsplans aus, wie es auch in verschiedenen anderen gesellschaftlichen Kontexten nur zu üblich ist. Fakt ist, dass Deutschland und andere hochindustrialisierte Staaten für den Großteil der historischen CO₂ Emissionen verantwortlich sind.

Diese Gründe zeigen uns, dass der Kampf für Klimagerechtigkeit Handarbeit bleibt. In Lützerath gibt es die Möglichkeit sich ihm anzuschließen und den Kohleausstieg schneller voran zu bringen. Im letzten Jahr sind vor Ort verschiedenste Protestformen entstanden: Neben regelmäßigen Dorfspaziergängen und Gottesdiensten an der Abbruchkante von „Kirche im Dorf lassen“ setzt sich die Gruppe Lebenslaute mit klassischer Musik der Zerstörungswut von RWE entgegen. Pünktlich zum Beginn der Rodungssaison, am 01. Oktober wurden außerdem Bagger im Tagebau besetzt. 16 Stunden lang legte die Gruppe „Gegenangriff - für das Gute Leben“ zwei Absetzer und einen Schaufelradbagger im Tagebau Garzweiler II lahm. Ende November wird es das „Unräumbar-Festival“ mit Workshops, Musik, und vielem mehr geben. Hier sind alle Menschen willkommen - ob ihr den Ort kennenlernen, euch auf Aktionen zivilen Ungehorsams vorbereiten oder Workshops besuchen möchtet - für jede*n ist etwas dabei. Lasst uns zusammen Lützerath verteidigen!

EG goes Lützerath



Eckardt Heukamps 1763 erbauter Bauernhof.

(Bild: Privat)

Ein Lied Armin (2021)

Auf die Melodie von „Junge“ von „Die Ärzte“

Armin,
Was willst du im Kanzleramt?
Guck dir die Baerbock an,
Die spricht sogar vom Klima!
Warum gehst du nicht zu Gre-
ta Thunberg in die Lehre?
Da lernst du, was nötig
wäre, um das Klima zu
schützen.

Armin:
Doch du setzt nur auf Kohle,
Löcher in der Landschaft
Und so viel CO2 (Was
soll'n die Eisbären sa-
gen?)
Und dann noch deine
Bagger:
Zerstören alle Dörfer,
Muss das wirklich sein?
(Was soll'n die Nach-
barn sagen?)
Nie baust du ein
Windrad,
Und so was soll'n wir
wählen ...

Armin,
Vergiss die andern Alten
Herrn.
(Burschenschaften sind für'n Arsch)
Du bist zwar gut vernetzt,
Doch dein Programm ist larifari (völlig
hohl)
Du hast dich doch früher so für Kirche interes-
siert,
Wäre das nichts für dich: ein moralischer Kom-
pass.

Armin:
Doch du verschlampst Klausuren,
Löcher im Gedächtnis
Und so viel Pfuscheri!
(Was soll'n die Studis sagen?)
Du würfelst wohl Zensuren,
Gibst sogar Leuten Noten,
Die war'n gar nicht dabei
(Was soll der Rektor sagen?)
Und so geht es weiter,
Ohne jede Sorgfalt
In der Staatskanzlei
(Was soll'n die Wähler sagen?)
Wo soll das alles enden,
Wir machen uns doch Sorgen ...

Du bist zwar nicht so schlimm wie Merz
(Friedrich Merz)
Du bist zwar nicht so schlimm wie Merz
(nicht ganz so schlimm wie Merz)
Du bist zwar nicht so schlimm wie Merz
Du bist nicht Merz.

Und dann deine Minister,
Ihr kungelt mit Konzernen,
Droht uns mit Polizei
(Was soll'n die Bürger sagen?)
Denk an unsre Zukunft
Denk an deine Enkel -
Armin, lasset sein!

Andere Saiten

Die „Anderen Saiten“ sind ein politischer Chor, der seit 2010 gegen Atomkraft, Fremdenfeindlichkeit und zuletzt vor allem gegen die Politik der fossilen Klimazerstörung an- singt. Meistens werden bestehende Chor- sätze von mehr oder weniger bekannten Liedern mit neuen, selbst verfassten Texten aufgeführt. Die Genres reichen dabei von Chorälen bis zum Punk. Die „Anderen Saiten“ fühlen sich sowohl unter freiem Himmel (auf Demos, im Klimacamp) wohl, als auch in Sä- len und Kirchenschiffen. Wie es in einem An- dere-Saiten-Text gegen Homophobie heißt: „So bunt ist uns're Welt!“ Diesen und an- dere Texte von Andere Saiten findet ihr unter: www.andere-saiten.de

Koem noeh Heäm du Jeck!

Kommentar: Die Rehabilitation des Armin Laschet

Lieber Armin,
In der letzten Ausgabe waren wir wirk-
lich nicht allzu nett zu dir. Als
nächste große Pein-
lichkeit unserer
Grenzstadt haben
wir dich bezeich-
net und die gan-
zen Fettnäpfchen
aufgezählt, in die du
voller Elan reingetre-
ten bist. Seien es die
erkatholischen Opus
Dei Connections über
deine rechte Hand
Liminski, das Noten-
würfeln bei den verlo-
renen RWTH-Klausu-
ren, deine korrupten
Ausfälle bei den Mas-
kendeals oder deine
grausige Coro-
na-Politik: Es tut
uns Leid! Wir
nehmen alle
Kränkungen dir
gegenüber zurück! Bitte komm
wieder zu uns nach Aachen
und bleib dann auch hier.

In trauter Runde kann man
sich auch sicher sein, nicht
so vorgeführt zu werden
wie damals bei diesen ge-
meinen Kindern im Fernsehen. Da er-
dreisten die sich einfach dazu, unangenehme
Fragen zu rechtsradikalen Antisemiten in der
eigenen Partei zu stellen oder gar das eigene il-
legale Vorgehen im Hambacher Forst anzuspre-
chen. Diese Blagen können froh sein, dass du es
dabei belassen hast, sie nur anzulügen!

Lügen! Auch wieder so ein gemeiner Vorwurf.
Dabei ist die Wahrheit doch eigentlich immer
so weit dehnbar wie ein RWE-Braunkohletage-
bau, den man trotz akut drohender Klimakatas-
trophe subventioniert und gefördert hat. Trotz-
dem glauben wir dir natürlich, wenn du sagst,
dass kein anderes Bundesland so viel gegen den
Klimawandel getan hat, wie das von dir regier-
te NRW. Das hast du ja noch einmal beteuert,

als diese gemeine WDR-Moderatorin, deren
Namen man sich ja eh nicht merken kann, dich
schonungslos auf dieses blöde Klima-Thema
festgenagelt hat.

Warum können diese Journalist*innen eigent-
lich nicht so zuvorkommend sein, wie die Par-
teikolleg*innen auf der Wahlkampfveranstal-
tung, die dich lautstark mit Sprechchören à la „
Armin Laschet wird Kanzler!“ feiern. Du wirk-
test zwar wie ein gewisser Bernd Stromberg,
als du dich in den Lobeshymnen suhltest und
gleichzeitig halbherzig versuchtest, die Menge
zu beruhigen, aber ein bisschen Narzissmus
darf halt auch mal sein.

Das Wahlergebnis hat diesem natürlich einen
dicken Dämpfer gegeben. Auch, als sich dann
ein Parteikollege nach dem anderen von dir
abwandte. Aber ob Ahrtal oder Berlin, der Leit-
spruch „Wegen so einem Tag ändert man doch
nicht seine Politik!“ muss auch weiterhin gel-
ten! Und so klammert man sich an die Macht
wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm und
kann absolut nicht erkennen, wie eine Differenz
von über 775.000 Stimmen gegenüber der SPD
einen Unterschied machen könnte.

Tja - so richtig was zu lachen, wie damals bei
der Flutkatastrophe im Ahrtal, gibt's wohl
nicht mehr. Aber wir Öcher halten zusammen.
Deshalb werden wir dich herzlichst wieder in
Aachen willkommen heißen. Und das sagen wir
ganz bestimmt nicht, weil wir denken, dass du
außerhalb der Stadtgrenzen schon genug Scha-
den angerichtet hast.

Beim letzten Mal wünschten wir dir noch den
Untergang in die Bedeutungslosigkeit. So hart
wollen wir diesmal nicht sein. Wir befinden: Du
hast dir deinen Führungsposten trotz allem red-
lich verdient! Ein Glück, dass wir in Aachen aus-
reichend viele Vereine haben, die deiner Partei
oder dem parlamentarischen Zirkus im Bun-
destag gar nicht so unähnlich sind. Und schicke
Outfits für die nächste Insta-Story deines Soh-
nemanns gibt's dort auch. Vielleicht schaffst du
es auch bis zum Prinzen und darfst uns mit Ka-
melle beschmeißen.

Liebe Grüße,

Diskursiv Aachen

Oben: „Armin Laschet in seiner neuen Rolle“

(Karikatur: Grignon)

Gira Por La Vida

Die erste Welle der zapatistischen Delegation ist durch Deutschland geflossen

Aufgeteilt in 13 Teams, bestehend aus ca.
fünf Menschen reisten die Compas ab dem
22. September ausgehend von Frankfurt und
Leipzig bis zum 10. Oktober durch Deutschland.
Auch im Rheinland waren zwei sogenannte
Equipos im Hambacher Wald und in Lützerath
unterwegs. Die Zapatistas haben sich entschie-
den, in dieser ersten Welle der Reise kleinere
Treffen mit politischen Gruppen und Bewegun-
gen in den Vordergrund zu stellen und sich mit
ihnen vor Ort lokal auszutauschen. Es gab da-
her kaum größere öffentliche Veranstaltungen.
Aber keine Sorge, es werden weitere Wellen
kommen und dann könnt ihr euch mit Sicher-

heit auch mit den Compas austauschen!
Bei den Treffen mit den Delegierten gab es eine
Fülle von Themen, Gefühlen und Eindrücken.
In der kurzen Zeit konnten wir unsere Erfah-
rungen noch nicht konkreter festhalten, aber
bestimmt könnt ihr dazu mehr in der nächsten
Ausgabe der Tacheles lesen. Bis dahin könnt ihr
euch auch weiterhin auf der Website vom Ya
Basta Netz schlau machen: www.ya-basta-netz.org
oder Ausgaben Nr. 3, 4 und Nr. 5 der Tache-
les aufschlagen.

**Lokalvernetzung Aachen zur Gira Por La Vida
der Zapatistas 2021**



Die Zapatistas am 25. September im #unserallerwald bei Lützerath.

(Bild: Twitter @UnserAllerWald)

→ Fortsetzung von Seite 2: Protestkultur in Aachen

01. September: Infoveranstaltung zu „Block
IAA“ (Internationale Automobil Ausstellung)
im besetzten Kloster.

29. August: Bautag zur Vorbereitung auf die
anstehende Räumung (vermutlich ab No-
vember) in der ZAD Rheinland (franz.: zone
à défendre) in Lützerath.

28. August: Am Rande der Gedenkgottes-
dienst-Inszenierung der CDU protestie-
ren Menschen gegen die Klimapolitik von
„Braunkohlejunkie Armin Laschet“. Ein Ban-
ner mit selbiger Aufschrift wird von den Cops
geklaut und nicht wieder herausgegeben.

28. August: Eine Reisegruppe macht sich er-
neut aus Aachen auf den Weg nach Düssel-
dorf, um gegen das Versammlungsgesetz in
NRW zu demonstrieren.

26. August: Feierliche Enthüllung eines
„ehrlichen Wahlkampfplakats von Braun-
kohlejunkie Armin Laschet“ (Adbusting).

23. August: Adbusting an der Monheimsal-
lee. In einer Werbetafel ist statt Werbung:
„EZLN - Paso Libre Zapatistas“ zu lesen. Es
wird eine freie Durchreise nach Europa für
die teilweise an den Grenzen aufgehaltenen
Zapatistas aus Chiapas, Mexiko gefordert.

23. August: „Fight Sexism“ Stencil Graffiti
am Frankenberger Barbershop, in dem Frau-
en nicht willkommen sind, aufgetaucht.

21. August: (Mili)Tanz Demo unter dem
Motto: „Versammlungsgesetz weg tanzen“.

21. August: Luftbrücke Jetzt! Kundgebung in
Solidarität mit den verfolgten Menschen in
Afghanistan für eine umfassende Luftbrücke
nach Kabul, am Markt.

20. August: Große FFF Comeback Demo.

20. August: Das seit 2009 leer stehende
Kloster in der Lousbergstr. 14 wird von Akti-
vist*innen besetzt, um ein soziales Zentrum
zu schaffen, welches in Aachen seit langem
fehlt. Auf einem Banner steht: „Wohnraum
für Alle - Stadt von unten aufbauen“.

18. August: Kundgebung am Elisenbrun-
nen mit dem Titel „Wir haben Platz – Eva-
kuierung jetzt!“ Die bedrohten Menschen
in Afghanistan brauchen schnelle unbüro-
kratische Unterstützung und vor allem eine
stabile Luftbrücke. Dafür setzten sich die Ak-
tivist*innen ein.

13. August: Aktivist*innen von Recht auf
Stadt sind mit einem Transparent mit der
Aufschrift „Neubau stoppen! Bezahlbarer
Wohnraum für Alle!“ in der Beverstraße und
fordern die Neuplanung des Bauprojekts an
der Beverstraße 73. Bezahlbare Mieten, 55
% Sozialwohnungen zeitlich unbegrenzt und
Grundrisse für verschiedene Bedürfnisse.

07. August: Menschenketten Aktion am Ta-
gebau Garzweiler zum Erhalt der bedrohten
Dörfer.

07. August: Demo vom Kugelbrunnen
zum Marktplatz von Seebrücke Aachen im
Kontext einer bundesweiten dezentralen
Bündnis-Demo-Aktion. „Seenotrettung ist
unverhandelbar! - Free the Ships, Stop the
Pushbacks, Menschenrechte jetzt.“

06. August: In Lützerath in der ZAD Rhein-
land (franz.: zone à défendre) startet die
Kuloko (Kultur ohne Kohle), ein widerstän-
diges Kulturfest ohne Kohle gegen Kohle für
den Erhalt der bedrohten Dörfer am Tagebau
Garzweiler II. Dort gab es bis zum 15. August
ein vielfältiges Programm.

→ Fortsetzung auf Seite 9

Auf der Flucht

“This might seem like a game to others, but we are playing it with our bodies”

→ Fortsetzung von Seite 1: Auf der Flucht

Diese Reportage basiert auf Interviews und Gesprächen, die im Juni 2021 an der bosnisch-kroatischen Grenze geführt wurden. Alle Namen wurden von der Redaktion geändert.

Mahmud, Ende 20, hat in Afghanistan neben seinem Studium als Englischlehrer gearbeitet. Er ist 2017 aus Afghanistan geflohen, nachdem die Taliban versucht hatten, ihn anzuwerben. „Für die Taliban gibt es nur zwei Möglichkeiten: Du musst mit ihnen arbeiten oder du musst sterben. (...) Sie haben mir gesagt: ‚Komm und arbeite mit uns. Du musst kein Englisch lehren, das werden wir nicht mehr brauchen, denn wir werden die Amerikaner aus unserem Land vertreiben. Wir brauchen dich für den Jihad. Wir brauchen dich zum Kämpfen.‘ Und das war das Gegenteil von mir. Deswegen habe ich mein Land verlassen.“ Mahmud ist über Pakistan in den Iran und dann in die Türkei geflohen, wo er zweieinhalb Jahre blieb. „Schlecht ist, dass man dort immer arbeiten muss, man kann nicht studieren. Man muss neun, zehn, manchmal elf Stunden am Tag arbeiten. Und du musst immer um dein Gehalt betteln, denn freiwillig geben sie es dir nicht. Aber ich war Student und ich wollte mein Studium weiter führen, deswegen versuchte ich, die Türkei zu verlassen.“ Auch in Griechenland fand Mahmud keine Arbeit oder die Möglichkeit zu studieren. „Deswegen war ich gezwungen, Griechenland zu verlassen und bin nach Nordmazedonien gekommen, dann nach Serbien, dann nach Bosnien. Und hier bin ich jetzt seit einem Jahr.“

„Jederzeit kann die Polizei kommen, dich festnehmen und abschieben.“

Najib ist wie Hamidah als Kind in den Iran geflohen, nachdem die Taliban an die Macht kamen. Die Familie wurde durch die Taliban bedroht, weil Najibs Vater als Fahrer im Präsidentenhaus gearbeitet hatte. „Im Iran durften wir nicht zur Schule oder zur Universität gehen und mussten illegal arbeiten.“ Nach dem Fall des Taliban-Regimes kehrte die Familie deshalb nach Afghanistan zurück. Najib studiert Economics and Development und arbeitet anschließend als Ortskraft für eine internationale Organisation. Er erzählt, wie sich die Lage dort immer weiter verschlechtert, fundamentalistische Kräfte in der Gesellschaft an Macht gewinnen und schließlich seinen Job verliert. „Dann war ich also arbeitslos und in Gefahr, weil die Ausländer, mit denen ich gearbeitet habe, Afghanistan verlassen haben. Aber viele Menschen wussten, dass ich mit ihnen gearbeitet habe.“ Najib wird nach einer Flucht durch den Iran in der Türkei festgenommen und in ein Camp in Erzurum gebracht. „Jede Woche haben sie von dort zwei Busse voll mit Menschen nach Afghanistan abgeschoben. (...) Es war wie ein Gefängnis. Man durfte nicht raus gehen. Du darfst nur zum Essen in die Küche und dann zurück in dein Zimmer.“ Die meisten Menschen werden nach monatelangem Warten abgeschoben. Najib hat Glück, weil er sich bei der Ankunft als Teil einer Familie ausgegeben hat und nach 40 Tagen freikommt. Auch er berichtet von prekären Arbeitsbedingungen in der Türkei, von verschiedenen schlecht bezahlten, illegalen Jobs, bei denen die Arbeitgeber Teile des Lohns zurückhalten: „Sie wollten, dass wir nicht die Möglichkeit haben, die Arbeit zu verlassen – wenn du



„No Enter Migrants“ - Schriftzug auf einem leerstehenden Haus in der bosnischen Grenzregion

(Bild: Privat)

kündigst, musst du das Geld zurücklassen. (...) Es war ein ständiges Risiko, eine Menge Stress. Der Hass auf die Arbeit, die Frage ob dir dein Gehalt ausgezahlt wird oder nicht. Der Ort wo du schlafst ist nicht sicher, jederzeit kann die Polizei kommen, dich festnehmen und abschieben... Deswegen habe ich mich entschieden, nach Griechenland zu gehen. (...) Ich konnte nicht schwimmen, und ich habe gebetet, dass das Boot nicht sinkt. Ich hatte Glück, dass ich beim ersten Versuch auf Lesbos angekommen bin.“ Andere Menschen auf dem selben Boot haben es bereits einige Male erfolglos versucht: „Einmal sind sie von der türkischen Polizei erwischt worden. Eine andere Person hat erzählt, dass ihr Boot ein Loch bekommen hat und sank und sie von der türkischen Küstenwache gerettet wurden. Zwei oder drei berichteten, dass sie schon sehr nah bei Lesbos waren, aber dass sie von einem Schiff, auf dem der Name Frontex stand, zurück in türkische Gewässer gepusht wurden. (...) Sie hatten eine Art langer Stöcke. Damit und mit dem Druck der Wellen haben sie sie geschoben. Viele Menschen haben von so etwas erzählt.“ Im Camp Moria auf Lesbos war Najib zwei Jahre. „Ich habe als Übersetzer mit Ärzt*innen und Lehrer*innen dort gearbeitet. Und ich habe Steuern an die griechische Regierung gezahlt! Trotzdem bin ich abgelehnt worden von diesem Land. Ich bin nach Europa gekommen, um ein normales Leben zu führen. Um zu arbeiten, um Steuern zu zahlen, um zu leben wie eine europäische Person. (...) Aber als ich meine Ablehnung bekommen habe, bin ich sehr hoffnungslos und depressiv geworden.“

Manchmal muss man sich zwischen schlecht und schlechter entscheiden. Das Schlechte ist, vielleicht stirbst du auf diesem Weg. Aber nur vielleicht.“

Ich habe mich selbst verloren in Griechenland. Doch dann habe ich mich entschieden, es nochmal zu versuchen. Weil ich nicht

zurück konnte. Manchmal muss man sich zwischen schlecht und schlechter entscheiden. Das Schlechte ist, vielleicht stirbst du auf diesem Weg. Aber nur vielleicht.“

Die 15-jährige Nilofar ist Menschenrechtsaktivistin und mit ihrer Familie in Bosnien. „Wir sind aus Afghanistan in den Iran gegangen, aber dort konnten wir nicht bleiben, deswegen sind wir weiter in die Türkei. Wir wollten dort bleiben, aber sie haben uns keine Dokumente oder irgendetwas gegeben, deswegen sind wir weiter nach Griechenland und waren dort ein Jahr auf Samos. Sie haben uns keine Asyl-Anhörung gegeben, sie haben uns nur ohne Zukunft dort festgehalten. Es gab keine sauberen Toiletten, keine Duschen und wir waren dort nicht sicher. Zum Beispiel konnte ich nicht alleine raus gehen. Und als sie uns aufs Festland gebracht haben, mussten wir wieder anderthalb Jahre dort bleiben und auf unsere Asyl-Anhörung warten. Aber sie haben nichts gemacht... wir konnten nicht unser ganzes Leben im Camp bleiben, ohne Schule, ohne Zukunft.“

Über das Camp in Athen berichtet Nilofar: „Es gab nur 45 Minuten Unterricht an drei Tagen pro Woche, was so gut wie nichts war. Ich war das erste Mädchen, das zur Schule ging. Wir waren insgesamt nur zwölf Leute. Und ich war nicht einverstanden damit. Ich wollte nicht mit nur einigen wenigen Menschen zur Schule gehen.“

Nilofar schließt sich mit anderen Mädchen aus dem Camp zusammen: „Wir haben einige Proteste organisiert, weil wir nicht die Möglichkeit hatten, in dem Camp zur Schule zu gehen. Wir waren weit weg von der Stadt und lange Zeit wurden nicht alle Kinder zur Schule gebracht. Deswegen haben wir einige Klassen eröffnet und angefangen, den Kindern die Dinge beizubringen, die wir wussten, und verschiedene Aktivitäten und Kreatives zu machen. (...) Viele Menschen sagten, oh, du bist viel zu jung, wie kannst du unterrichten? Aber wir haben einfach angefangen und die Kinder sind gekommen und ihre Eltern haben gesehen, dass sie etwas lernen.“

Die Gruppe beschäftigt sich neben dem Recht auf Bildung auch mit Umweltschutz, Gendergerechtigkeit und vielen anderen Themen,

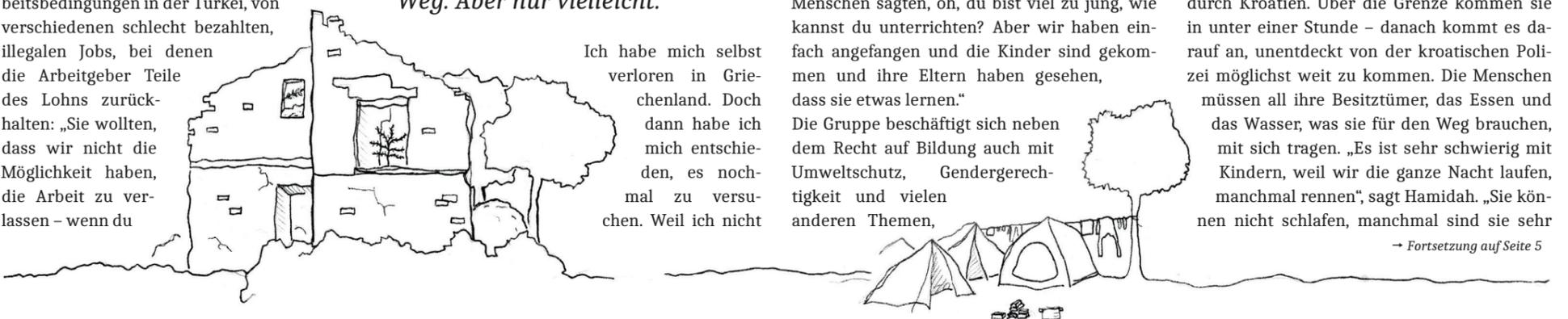
sammelt Müll im Camp, erkämpft Fußballunterricht für Mädchen und organisiert regelmäßig Proteste, die sie „Fridays for Freedom“ nennen. „An diesen Tagen haben wir protestiert, alle Kinder im Camp. (...) Wir haben gefordert, dass wir das Recht haben, zur Schule zu gehen – nicht ein paar von uns, sondern alle. (...) Jeden Freitag haben wir etwas anderes gefordert, zum Beispiel das Recht auf Bewegungsfreiheit.“

„Wenn du hier krank wirst, bist du auf dich allein gestellt.“

Ende Juni 2021 sind Hamidah, Mahmud, Najib und Nilofar in einer ländlichen Region in der Nähe der bosnischen Kleinstadt Velika Kladuša nahe der Grenze zu Kroatien. Viele Menschen auf der Flucht leben dort in Zeltsiedlungen oder in sogenannten Squats, also leerstehenden, verfallenden Häusern oder Bauruinen. Die Versorgungslage ist sehr schlecht. „Jetzt haben wir ein bisschen Strom, aber vorher hatten wir gar keinen. Es gibt kein Wasser und wir können nirgendwo einkaufen gehen.“ sagt Hamidah. „Viele Leute haben Probleme mit den Zähnen oder brauchen Impfungen. Meine Kinder sind sehr müde davon, hier zu leben.“ „Wenn du hier krank wirst, bist du auf dich allein gestellt, weil es keine Ärzt*innen oder Krankenhäuser gibt. Es gibt auch keine Duschen, wenn du dich waschen willst. Du musst in den Fluss gehen, aber viele nahegelegene Flüsse verlieren jetzt Wasser wegen der Hitze.“ berichtet auch Mahmud. „Wenn wir nach Kladuša oder in eine andere Stadt wollen, müssen wir lange laufen, auch weil kein Auto uns mitnehmen würde. (...) Wenn du etwas kochen willst, musst du jedes Mal erst ein Feuer machen, das ist sehr viel Arbeit. Und auch um deine Kleidung zu waschen, musst du erst zum Fluss gehen.“

Von hier aus machen sich regelmäßig Menschen auf den langen und gefährlichen Weg nach oder durch Kroatien. Über die Grenze kommen sie in unter einer Stunde – danach kommt es darauf an, unentdeckt von der kroatischen Polizei möglichst weit zu kommen. Die Menschen müssen all ihre Besitztümer, das Essen und das Wasser, was sie für den Weg brauchen, mit sich tragen. „Es ist sehr schwierig mit Kindern, weil wir die ganze Nacht laufen, manchmal rennen“, sagt Hamidah. „Sie können nicht schlafen, manchmal sind sie sehr

→ Fortsetzung auf Seite 5



→ Fortsetzung von Seite 4: Auf der Flucht

hungrig, einige Wege sind sehr sehr schwierig. (...) Letztes Mal habe ich zur Polizei gesagt, bitte tut uns nichts Schlimmes an, denn meine Kinder haben sehr Angst. Sie sagten: Das ist dein Problem, nicht meins.“ „Sie bekommen viele schlechte Erinnerungen“, sagt ihr Mann. „Immer, wenn wir zurück müssen, sagen sie: Die Polizei ist böse.“

Nilofar schreibt auf ihrer Facebook-Seite. „Es gab nicht mal einen richtigen Weg, wir mussten einen Weg machen durch all die Dornen, leider sind all unsere Kleidungsstücke zerrissen. Wir mussten nachts durch den Wald laufen ohne Licht, ich hätte fast mein Auge verloren. (...) Jetzt will ich fragen: Ist es fair dass wir fünf Tage lang durch Dornen laufen und die Polizei kommt und bringt uns den ganzen Weg in 15 Minuten zurück – ist das fair?“

„Game“ - „Spiel“ - wird der Versuch, die EU-Grenze zu überqueren, genannt. „Es ist wie ein Spiel, das wir mit unserem Leben spielen. Denn wir verlieren unsere Körper in diesem Spiel.“, sagt Mahmud. Ein Freund von ihm ertrank vor kurzem in Bihac, nachdem er aus Slowenien zurückgepusht wurde und vor der bosnischen Polizei in einen Fluss flüchtete. „Er ist nicht länger bei uns. Das ist auch eine Folge dieses Games.“

Mahmud, der seit einem Jahr in Bosnien ist, sagt, dass er nach 20 Versuchen aufgehört hat, zu zählen. „Meist ist das ganze Laufen nutzlos. (...) All die vielen Male, die es sich wiederholt und wiederholt und wiederholt – es wird zur Gewohnheit, wieder zurückzukommen, kein Problem“. Diese illegalen Pushbacks, bei denen Menschen ihr Recht auf ein Asylverfahren verwehrt wird, sind mittlerweile gut dokumentiert.¹ Kettenpushbacks sind aus Slowenien, aber auch aus Italien oder Österreich bekannt.

Auch Mahmud berichtet von einem solchen Kettenpushback über mehrere Landesgrenzen: „Wir sind 14 Tage durch Kroatien gelaufen und haben endlich Slowenien erreicht. Wir hatten kein Brot mehr und unsere Powerbank war leer. (...) Außerdem hat es angefangen zu schneien, deswegen haben wir die Polizei gerufen. Wir sagten, wir würden gern Asyl in eurem Land beantragen, und sie antworteten, dass wir niemals Asyl in ihrem Land bekommen würden und dass wir erst in Kroatien einen Asylantrag stellen müssten.“ Die Gruppe wird zurück nach Kroatien gepusht, der kroatischen Polizei übergeben und von dieser wieder nach Bosnien gebracht.

„Sie sind Nationalisten“, meint Hamidah. „Ich

habe die Polizei gefragt, was los ist, und sie haben gesagt, ich liebe mein Land, warum kommst du so in mein Land. Ich habe der Polizei gesagt, dass ich kein Problem mit ihnen oder ihrer Familie habe. Ich will einfach nur leben mit meiner Familie. Aber sie sagten, ich solle zurück in mein Land gehen. Im Iran war es auch so. Sie sagten: Warum kommst du in mein Land, geh zurück nach Afghanistan.“

„Ist es denn richtig, dass sie ohne Grund Menschen schlagen?“

Teilweise laufen die Pushbacks verhältnismäßig harmlos ab, häufig berichten Menschen auf der Flucht aber auch von physischer und psychischer Gewalt durch die Grenzbeamt*innen. Fast alle haben das schon am eigenen Leib erfahren. „Die meisten Menschen an der Grenze sind schon geschlagen worden“, sagt Mahmud. „Ich hatte nur Glück, dass ich noch nicht geschlagen wurde. Ich bin nur einmal getreten worden.“ Er erzählt, wie einmal eine ältere Frau, mit der er in einer Gruppe auf dem Game war, krank wurde. Die Gruppe rief die Polizei in der Hoffnung, medizinische Hilfe zu bekommen. „Als die Polizei kam, konnte sie nicht mehr laufen. Zusammen mit ihrem Mann brachten wir sie zum Auto und sie setzten uns an der nächsten Grenze ab. Sie konnte nicht laufen und legte sich hin, deshalb benutzte die Polizei den Elektroschocker. Sie hat richtig gezuckt, für ein paar Minuten hat sich ihr ganzer Körper geschüttelt. Und dann haben sie uns deportiert.“

Nilofar fragt auf Facebook: „Ist es denn richtig, dass sie ohne Grund Menschen schlagen, ihre Handys kaputt machen, ihren Besitz verbrennen und manchmal ihre Pistolen benutzen, um Menschen zum Anhalten zu bringen? Wenn sie schießen, fürchten sich die Kinder sehr und kriegen Probleme mit den Nerven.“ Warnschüsse sind im Grenzgebiet keine Seltenheit. Nilofar erzählt uns auch, dass einige Eltern sie gebeten haben, ihren Kindern Englischunterricht zu geben. „Aber als ich damit anfing, sah ich, dass die Kinder hier zu viel Stress haben. Sie denken nur daran, dass sie wieder aufs Game gehen werden, zurückgepusht werden, wieder gehen...“

„Sieben mal sind wir nach Kroatien gegangen und sie haben viel Schlimmes gemacht, mir mein Handy und meine Tasche weggenommen und mir Elektroschocks verpasst“, erzählt Hamidah. „Auf die Beine haben sie uns mit Schlagstöcken geschlagen. Vorgestern sind wir nach Kroatien gegangen. Und sie haben mir gesagt, ich soll all meine Kleidung ausziehen. Weil sie

TYPES OF VIOLENCE USED IN PUSHBACKS INVOLVING AFGHANS



Border Violence Monitoring Network (2021)

sagten, vielleicht verstecke ich mein Handy da runter.“

„Durch die Situation an den Grenzen helfst ihr Schmugglern, hier ein Vermögen zu verdienen.“

Handys, aber auch Dinge wie Schlafsäcke, Essen, Kleidung, Geld oder Rucksäcke werden den Menschen regelmäßig von der kroatischen Polizei weggenommen oder zerstört. „Ich habe schon über zehn Handys verloren“, berichtet Mahmud. Das Zerstören der Gegenstände ist eine Art Zermürbungstaktik, die verhindern soll, dass die Menschen bald wieder aufs Game gehen, weil sie zunächst wieder die benötigte Ausrüstung beschaffen müssen – Handys spielen hierbei eine besondere Rolle, weil sie auf dem Game zur Navigation gebraucht werden. „Handys sind so teuer hier, weil wir gute Androids brauchen, die die Karte anzeigen können und einen guten Akku haben – denn wir laufen ja mehr als fünf oder sechs Tage“, erzählt Najib. Einige Gruppen legen Geld zusammen um schneller gemeinsam aufs Game gehen zu können und kaufen sich dann ein Handy, das sie sich teilen. Wer kann, bezahlt Schmuggler, in der Hoffnung sicher ans Ziel zu kommen. „Die Menschen stehen unter hohem Druck Geld zu finden. Irgendwie. Und sie müssen viel Geld finden, um Schmuggler zu bezahlen. (...) Durch die Situation an den Grenzen helfst ihr Schmugglern, hier ein Vermögen zu verdienen.“

Viele der Single Men², also alleinreisenden Männer, schließen sich Familien an, um bessere Chancen auf dem Game zu haben. Gruppen von Single Men werden nämlich so gut wie immer zurückgepusht und häufig am brutalsten misshandelt. „Ich sah, dass ich nicht mit anderen Single Men gehen konnte, denn so oft, wenn sie Singles zurück pushen, schlagen und prügeln sie sie... deshalb bin ich dann mit anderen Familien gegangen, als Teil der Familie“, erzählt Mahmud. Für die Familien ist es häufig gut, eine zusätzliche erwachsene Person dabei zu haben, die zum Beispiel mit den Kindern helfen kann. „Wenn du Geflüchtete fragst, werden dir 90 % von ihnen sagen, dass in Europa zuerst Kinder und Teenager kommen, dann Frauen, dann Hunde, dann die Single Men“, sagt Najib. „Denn du bist Single, du bist stark, du hast keine Kinder, du kannst lange Zeit ohne Essen laufen (...) Aber für eine Frau, die ein Kind hat, ist es natürlich so schwierig, es zu beschützen.“

(...) Für alle ist es auf unterschiedliche Arten schwierig.“

Najibs Familie ist vor zwei Jahren erneut in den Iran geflohen. Seine Schwester war gefährdet, weil sie Fußballkapitänin ist, sein Vater wegen seiner Arbeit für das Präsidentenhaus. Er sagt, er würde eher sterben, als seine Familie zu bitten, nach Europa zu kommen: „Es ist so schwierig, es ist so gefährlich. (...) Du kennst die Situation. Sie ist nicht gut für Menschen. Nicht mal für Tiere. (...) Ich erzähle ihnen, dass es hier viele gute Dinge gibt. (...) Ich kann meiner Mutter nicht sagen, dass ich hier geschlagen wurde und ein Loch unter meinem Auge habe. Ich kann nicht sagen, dass ich Hämorrhoiden habe wegen meinen Depressionen und vom vielen Laufen. Dass ich mich nicht mal mehr an meine Whatsapp-Nummer erinnern kann, weil mein Verstand einfach nicht funktioniert. (...) So viele Dinge machen mir Druck, Druck, Druck... Die ganze Zeit. Wie kann ich das meinem Vater sagen, meiner Mutter und meinen Schwestern? Ich sage, dass es gut ist. Aber Europa ist nur gut für Europäer*innen, nicht für uns. Sie fragen mich nicht weiter... denn eigentlich wissen sie es auch, selbst wenn ich es nicht sage.“

Najib ist mit Zahra unterwegs, die er in Griechenland kennengelernt hat. „Wir lieben uns. Aber es ist anders als bei anderen, weil sie einer anderen ethnischen Gruppe aus Afghanistan angehört. Es gibt sehr alte Feindschaften zwischen uns Pashtuns und den Hazara.“ Die Situation in Bosnien beeinflusst die Beziehung auch auf andere Art: „Wenn ich sage: Sie ist meine Freundin, dann sagen sie, es gibt keine Freundin in Afghanistan. Sie ist entweder deine Frau oder sie gehört nicht zu dir. Also müssen wir so tun, als ob sie meine Frau ist. (...) Warum denkst ihr so? Wir sind nicht in Afghanistan, wir können uns entscheiden wie wir wollen. Aber wir werden indirekt dazu gedrängt, unsere Kultur zu behalten.“

„Ich will nur ein Zuhause und ein normales Leben. Nur normal, nicht super gut.“

„Die meisten jungen Menschen würden den europäischen Ländern doch helfen. Sie werden arbeiten und Neues aufbauen“, sagt Mahmud. „Tag und Nacht denke ich nur daran, wie ich über diese Grenze kommen kann. Es ist mir egal in welchem Land ich ende. Irgendein Land, in dem ich ein Zuhause finde, die Möglichkeit zu studieren und einen Pass zu bekommen. (...)“

→ Fortsetzung auf Seite 6

KEIN EINZELFALL

892

GRUPPENPUSHBACKS
IN BALKANREGION (2017-2020)*

12.654

BETROFFENE
IN BALKANREGION (2017-2020)*

16.000

ILLEGALE
ZURÜCKWEISUNGEN
ALLEIN IN KROATIEN (2020)**

*BORDER VIOLENCE MONITORING NETWORK

**DANISH REFUGEE COUNCIL



→ Fortsetzung von Seite 5: Auf der Flucht

Meine größtes Ziel ist es, mein Studium abzuschließen und meine größte Hoffnung, einen Abschluss zu bekommen.“

„Ich will nur endlich entspannen können“, sagt Hamidah. „Ich will nur ein Zuhause und ein normales Leben. Ich will nicht mehr als das. Nur normal, nicht super gut.“ Ihr Mann ergänzt: „Ich konnte nicht zur Schule gehen oder studieren. Jetzt will ich, dass meine Kinder diese Möglichkeit haben“.

„Ich will, dass sie sich in uns hineinversetzen. Ich will, dass sie sich vorstellen, dass sie reisen, wie wir reisen, mit ihrer Familie – wie fühlt sich das an? Viele Leute sehen, dass es viel Ungerechtig-

keit gibt, aber sie sind noch leise“, meint Nilofar. „Ein Traum von mir ist, an einen Ort zu reisen, wo Menschen auf der Flucht sind, wenn ich erwachsen bin. (...) Ich will reisen und Menschen helfen. Weil ich selbst diese Not gesehen habe. Und ich habe gefühlt, was passiert und wie die Menschen sich fühlen. Ich dachte nie, dass ich in dieser Situation sein würde, aber jetzt kann ich sie tief in meinem Herzen fühlen. Und in der Zukunft will ich nicht aufhören, aktiv zu sein.“ Nilofar hat Ende September eine Demonstration an der bosnischen Grenze mitorganisiert, die jedoch früh von der Polizei aufgelöst wurde. „Weil all die Menschen, die an der Grenze in Zelten wohnen, diese Bedingungen satt haben, haben wir versucht, unsere Stimme zu erheben. Wir wollen, dass Europa etwas für uns tut und

uns hilft, aus dieser Situation zu entkommen, aber alle haben ihre Augen verschlossen und sie lassen nicht zu, dass wir gehört werden!“, schreibt sie auf Facebook.

„Seit vier Jahren bin ich auf dem Weg und ich habe meine Zeit verloren. Ich wollte meinen Masterabschluss in International Relations machen. Ich wollte arbeiten. Ich wollte mir ein Leben aufbauen. Ich wollte Menschen helfen“, sagt Najib: „Ich wurde gefangen, ich wurde geschlagen, ich wurde verprügelt, ich habe alles verloren. Handys, Geld, Kleidung... Ich habe so oft von vorn angefangen. Aber ich bin noch

stark. Ich will es schaffen. Ich habe eine große Idee, ein sehr großes Ziel... Für die Zukunft der Menschheit, nicht für mein Leben. Deswegen studiere ich. Selbst als ich noch sehr klein war, habe ich schon darüber nachgedacht, wie man die Welt verbessern kann. Wie wir eine sehr gute Freundschaft mit Amerika, mit Europa haben können... warum? Weil wir alle gleich sind. Wir alle haben Blut in unserem Körper. Niemand hat Wasser. Auch in Afghanistan haben die Menschen Blut in ihrem Körper. Wenn sie getötet werden, weint niemand um sie. Ich muss ihnen sagen, dass wir Blut in unserem Körper haben.“

Helga Arendt

Für mehr Informationen zur Situation in Bosnien siehe z.B. auch die Artikel von Lucy Papachristou in Al Jazeera oder die Podcasts von Blindspots (blindspots.podigee.io)

Spenden sind z. B. gut aufgehoben beim FRACH Kollektiv (frachcollective.noblogs.org) oder Blindspots e.V. (www.blindspots.support).

¹ siehe z. B. borderviolence.eu für ausführliche Recherchen und Statistiken

² Single Men: für eine Erläuterung, warum dieser Begriff schwer übersetzbar ist, siehe Infokasten Tacheles Ausgabe 3, Seite 4

Bildreportage Lost in Bosnia



oben links:

Mit Zementpulver überschüttete Couch in einem geräumten Squat. Das Gebäude soll so unbewohnbar gemacht werden.

oben rechts:

Eingang eines Einkaufszentrums in Velika Kladusa mit Schild: „Migrants are forbidden to enter“ - „Eintritt für Migranten verboten“.

unten links:

Nach einer Räumung verbrannte die Polizei Zelte und andere wichtige Besitztümer von Geflüchteten in Bosnien nahe der kroatischen Grenze.

Ende Mai machte ich mich auf den Weg an die bosnisch-kroatische Grenze um Menschen auf der Flucht (in ein lebenswertes Leben) zu unterstützen. In Bosnien selbst halten sich aktuell schätzungsweise 10.000 Geflüchtete auf. Viele versuchen im nordwestlichen Zipfel, dem Una-Sana-Kanton, über die Grenze in den EU-Mitgliedsstaat Kroatien zu gelangen. Kroatien ist bemüht, diese Grenzübertritte zu verhindern – schließlich könnten Menschen von ihrem Recht auf Asylbeantragung Gebrauch machen.

Obwohl Kroatien als Anwarter auf den Beitritt zum Schengenraum unter besonderer Beobachtung der EU steht, wird dort täglich EU-Recht gebrochen. Geflüchtete haben dort nicht die Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen und entsprechend die Chance auf ein Asylverfahren. Stattdessen stehen in Kroatien und im Nachbarland Slowenien so genannte Pushbacks, also rechtswidrige Deportationen, an der Tagesordnung, wie aus medialen Berichten, Opferberichten und denen des Border Violence Monitoring Network hervorgeht. Häufig kommt es auch zu Kettenpushbacks, also Pushbacks, an denen direkt mehrere Länder beteiligt sind. Ohne EU-Gelder wäre diese Form des „Grenzschutzes“ nicht möglich. Die Situation in der Grenzregion hat sich zu einem industrialisierten Abschottungskomplex entwickelt, in dem Menschenrechte nicht zählen. Dieser Komplex wird gedeckt und finanziert von Regierungen, deren Motivation lautet, die Festung Europa und ihre tödlichen Grenzen auszubauen.

Pushbacks, Rassismus und Gewalt müssen Geflüchtete jedoch nicht nur an der EU-Grenze erfahren, sondern auch in Bosnien-Herzegowina. Viele leben dort in der Grenzregion in provisorischen Camps

oder haben in verlassenem Bauruinen, so genannten Squats, Unterschlupf gesucht. Diese Orte werden regelmäßig von der Polizei aufgesucht und geräumt. Zurückgelassene Besitztümer der Geräumten, wie Zelte oder Schlafsäcke werden von der Polizei häufig gesammelt und verbrannt. Nach einer Räumung werden die Geflüchteten von der Polizei zu den offiziellen Flüchtlingslagern gebracht. Doch diese staatlich finanzierten Lager weigern sich nicht selten, die Geräumten aufzunehmen oder sind so schlecht organisiert, dass die Menschen lieber wieder in ihre Squats zurückkehren, die oft mehrere Stunden Fußmarsch entfernt liegen. Eine Gruppe Geräumter, lief zwölf Stunden zu Fuß zurück in ihr Haus, um es leer geräumt und zerstört wieder zu finden. Nachbar*innen, die von den Geflüchteten genervt waren, hatten alle wichtigen Kochutensilien gestohlen und verschütteten Zementpulver, um das Haus unbewohnbar zu machen. Die Feindseligkeit gegenüber Geflüchteten wird teils sehr offen zur Schau getragen: So gibt es in dem Ort Velika Kladusa ein Einkaufszentrum, das Migrant*innen den Zugang verwehrte. Zusammenfassend ergibt sich in Bosnien eine Situation, in der es wenig, bis keine staatliche Unterstützung für Geflüchtete gibt. Es können sich auch keine langfristigen selbstorganisierten solidarischen Strukturen von Geflüchteten aufbauen – diese werden immer wieder von der Polizei zerschlagen.

Reflektierend ist einmal mehr deutlich geworden, wie privilegiert Menschen wie ich sind, weil ihnen ein Stück laminiertes Papier von einer Behörde ausgestellt wurde – aus dem „richtigen“ Land.

Während meiner Zeit in Bosnien habe ich einige Fotos gemacht. Diese stehen exemplarisch für die Situation der Menschen, die nach Sicherheit und einer lebenswerten Zukunft streben und es nicht lassen werden, bis sie es geschafft haben.

Will Nimma

Besetzen statt besitzen!

Was mit einem leerstehenden Gebäude passiert, wenn es mit Leben gefüllt wird.



Das Kloster in der Lousbergstraße aus der Luft

(Bild: Eichhörnchen)

Die alte Abtei in der Lousbergstraße wurde am Freitag, den 20. August 2021, besetzt. Sie steht seit 2009 leer. Die Eigentumsverhältnisse sind kompliziert, weil das Kloster Teil eines Anlagebetrugs war und jetzt von einem Insolvenzverwalter geführt wird – also theoretisch, denn praktisch ist es ja jetzt besetzt. Während des Leerstands ist hier nicht viel passiert. Ein Hausmeister hat sich unbezahlt um

das Gebäude und das Gelände gekümmert. Seit dem Besetzungsbeginn ging alles sehr schnell. Es gibt mittlerweile einen Umsonstladen, eine sehr gut eingerichtete Küche, eine Siebdruckwerkstatt, eine Bibliothek, eine Feuerstelle im Garten, Schlafräume, einen Raum für Gruppentreffen, einen Sportraum und ein Museum. Außerdem gibt es einen BIPOC Raum, in den weiße Menschen nicht rein dürfen, und einen FLINTA*

Raum, in den keine Cis-Männer rein dürfen. Im Garten wurde viel gearbeitet und Baumpflege betrieben, der Apfelbaum von Brombeerranken befreit, eine einsturzgefährdete Säule abgesichert, geputzt, eingerichtet, geschmückt, geschmökert, geplaudert und natürlich auch ein wenig gestritten. Am Wochenende vom 16./17. Oktober fand das selbstorganisierte Klosterfest statt, um die seit acht Wochen andauernde Besetzung zu feiern. Trotz der vielen Räume war überall viel los, es gab Konzerte, Diskussionsrunden und Kinovorführungen.

Zur Zeit soll das besetzte Haus und der Garten in einem Bietverfahren für mehrere Millionen Euro versteigert werden. Das intransparente Verfahren dient eindeutig nur den Interessen von Investmentfirmen, die Profit aus dem Kloster schlagen wollen. Die Perspektiven der Menschen vor Ort werden ausgeklammert und ignoriert. Die Versteigerung gehört gestoppt! Wir laden alle Leute ein, ein nicht profitorientiertes soziales Zentrum aufzubauen. Ihr könnt einfach vorbeikommen, euch einbringen, mit anpacken. Es gibt viel zu entdecken und anzuschauen. Diskriminierendes Verhalten wird nicht toleriert – das ist doch klar, oder? Weitere Infos findet ihr auf Twitter oder auf unserem Blog.

Anonym

Weiterführende Links: twitter.com/aachen_besetzen • aachenbesetzen.noblogs.org

„Es wird alles Neuland“ Interview mit dem ehemaligen Hausmeister des Klosters in der Lousbergstraße

Tacheles: Wie bist du damals an den Job als Hausmeister des Karmelitinnen Klosters gekommen?

H: Ich arbeite seit mehr oder weniger 40 Jahren im Bereich Hausmeisterei/Objektbetreuung, viel davon für die Kirche. Ich habe eine Dachdeckerlehre im Rahmen der Kirche gemacht, daher kenne ich mich gut mit solchen Gebäuden aus und es macht mir auch Spaß. Es gab damals eine Ausschreibung im Internet und ich habe mich auf die Stelle beworben. Ansprechpartner war der Generalbevollmächtigte von „Dolphin Trust“, der damals auch das Kloster sehr günstig erstanden hat. Nach einem Jahr gab es interne Personalwechsel und ich wurde gefragt, ob ich den Job nicht als Selbstständiger fortführen könne, was ich dann auch tat mit 15 Stunden in der Woche.

T: Wie hast du den Besitzerwechsel erlebt, die Umbenennung von Dolphin Trust und wieviel hast du davon mitbekommen?

H: Eigentlich gar nichts, bis darauf, dass irgendwann die Gelder ausblieben. Mein Monatsgehalt musste ich immer einfordern, bzw. später dann über Anwälte klären. Bis es vor drei Jahren hieß, dass das Objekt verkauft werden soll. Zu dem Zeitpunkt hatte sich dann auch der Name der Firma zu „German Property Group“ geändert, bzw. „Aventura“, welche sich um „Exekutive Gebäudeinstandhaltung“ kümmert. Für mich hieß es anfangs in einer mündlichen Zusage, dass ich meinen Job fortführen könnte. Ich hatte damals mit dem neuen Projektmanager Kontakt, der auch einmal mit seiner Familie im Kloster war. Als Ich aber am nächsten Tag versuchte Kon-

takt zur Firma aufzunehmen, war dort urplötzlich niemand mehr zu erreichen. Das hat mich sehr verwirrt. Ich habe nicht verstanden was passiert, zumal sich der Herr von Dolphin Trust immer als großer Denkmalschützer präsentiert hatte. Ich habe dann die Stadt angerufen, um mal nachzufragen was denn los sei. Sie antworteten, dass sie es auch nicht wissen, ich sollte mein Gewerbe aber erstmal fortsetzen. Nur bezahlen könnten sie mich nicht. So stehen mir bis zum heutigen Zeitpunkt 30.000 Euro aus.

T: Das heißt du wartest jetzt seit drei Jahren auf das Geld für die Arbeit die du gemacht hast?

H: Das ist richtig. Aber ich gehe nicht davon aus, dass ich das Geld jemals bekommen werde. Ich habe den Job hier jahrelang nebenbei gemacht, während ich andere Jobs hatte, um Geld zu verdienen. Auch wenn es schon das dritte Kloster ist an dem ich arbeite, macht es mir einfach Spaß.

T: Was findest du gerade an diesem Kloster so spannend oder auch wichtig und bedeutend?

H: Zuerst finde ich den Standort erwähnenswert, die zentrale aber dennoch ruhige Lage. An manchen Stellen gibt es fast schon eine meditative Ruhe und das trotz der Nähe zur Stadt. Das finde ich beeindruckend. Für mich hat das Kloster ein großes Potenzial, in dem sonst so leblosen Lousbergviertel beispielsweise ein Kulturzentrum zu schaffen. Über die Jahre ist mir das Objekt sehr ans Herz gewachsen, ich mag es sehr gerne. Ich habe mich hier

um alle möglichen Kleinigkeiten gekümmert: Abflüsse reinigen, Gartenarbeit, kleinere Dachreparaturen, halt so alles was angefallen ist. Ich hatte dabei auch immer sehr viel Spaß, vor allem der Garten war immer sehr spannend, weil so einige Tiere dort ihren Wohnraum haben oder Zuflucht suchen. Gerade Vögel habe ich mit meinem Fernglas gerne beobachtet.

T: Wie sollte deiner Meinung nach mit Objekten wie diesem hier und Leerstand generell umgegangen werden? Oder findest du, dass Selbstverwaltung ein besserer Weg ist?

H: Es wäre auf jeden Fall schöner mit Selbstverwaltung. Gegen Abreißen bin Ich total. Alles Alte, da sollte man sich zehnmal überlegen das abzureißen. Das hat ja auch mit einer gewissen Harmonie des Viertels zu tun. Wenn jetzt hier zum Beispiel ein Neubau wäre, dann ist das Herz weg vom Lousberg. Allein die Vorstellung, wenn jetzt hier ein Wohnkomplex hinkäme. Da ist dann ein Riesenloch. Da könnte sich vielleicht später auch was draus entwickeln, aber das ursprüngliche Feeling ist weg. Und das passiert ja im Moment ständig. Man sieht ja was in der Innenstadt los ist. Da werden richtige Löcher reingehauen. Ob das im Endeffekt noch schön ist, ist dann die Frage. Ob da dann noch ein gutes Lebensgefühl ist!

T: Eine abschließende Frage: Was würdest du dir für die Zukunft des Klosters wünschen?

H: Also Ich würde das Kloster auf jeden Fall als kulturelles

Protestkultur Klosteredition

21. Oktober: Besuch vom zuständigen Immobilienhaini Maxi Müller inkl. Versuch ins Haus zu kommen. Er konnte aber entschlossen zum Rückzug gezwungen werden.

15. Oktober: Solidarische Grüße aus dem besetzten Klostergarten in Aachen an den geräumten Kōpi-Wagenplatz in Berlin. „Jede Zwangsäumung ist eine zu viel.“

31. August: Pressekonferenz zum Stopp des Bieter*innenverfahrens für den Verkauf des Klosters.

29. August: Während eines Konzertes im Kloster machen Nachbar*innen ein Foto in Solidarität mit der Besetzung, um ein soziales Zentrum zu erschaffen.

20. August: Das seit 2009 leer stehende Kloster in der Lousbergstr. 14 wird von Aktivist*innen besetzt, um ein soziales Zentrum zu schaffen, welches in Aachen seit langem fehlt. Auf einem Banner steht: „Wohnraum für Alle - Stadt von unten aufbauen.“



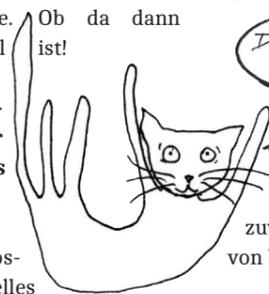
Besetzer*innen des Klosters posieren mit Haushaltsgeräten (Bild: red)

Zentrum sehen, aber auch als Denkfabrik. Ich muss da immer an Andy Warhol denken, der hatte sowas ja auch, aber im künstlerischen Bereich. So etwas, aber eher im sozialen Bereich. Das fände ich toll. Natürlich gibt es auch die Parzellen, die als Wohnräume geeignet sind, aber wenn das später mal umgebaut wird, könnte das alles ganz anders aussehen. Wohnbereiche werden aber bestimmt auch dann noch da sein. Aber im Grunde sollte sich was draus entwickeln, denn hier steckt eine Menge positive Energie zur Veränderung - es wird alles Neuland. Auch mit dem FLINTA*-Konzept zum Beispiel. Das fände Ich gut, quasi eine Denkfabrik im Sozialen, Künstlerischen, in Allem. Nicht nur theoretisch, sondern auch direkt mit Umsetzung. Mal versuchen da neue Wege zu gehen, so stelle ich mir das vor.

Und dafür ist das auch ein ideales Objekt. Also auch mit der Aufteilung der Räumlichkeiten. Die Nonnen und die Leute, die das gebaut haben, haben sich bei dem allem was gedacht. Man muss sich hier erstmal rein arbeiten, aber wenn man sieht, wie die Nonnen das gemacht haben, kann man sich an vielen Sachen ein Beispiel nehmen, wie an der Großküche und den Gemeinschaftsräume. So ein Kloster ist im Prinzip wie eine moderne WG. Die mussten sich er-

nähren und sich gegenseitig helfen. Insofern ist das früher schon sehr modern gewesen. Ich denke hier wird etwas entstehen, auch wenn ich noch nicht weiß, wie es aussehen wird. Und Ich bin sehr zuversichtlich, dass das was Gutes wird. Davon bin Ich sehr überzeugt.

red



Erfahrungsbericht

Let's squat!

Was mich meine erste Besetzung alles gelehrt hat

Es ist ein warmer Tag Ende August in Aachen. Die Sonne scheint noch hell und durch die Straßen zieht ein Demonstrationszug der FridaysForFuture-Bewegung. Soweit erst einmal nix Besonderes im Aachener Stadtbild an einem Freitag, jedoch wird während der Demo veröffentlicht, dass zuvor das Kloster im Lousbergviertel besetzt wurde. Der Demonstrationszug endet eben genau vor diesem Gebäude. Und damit beginnt für mich auch die Geschichte meiner ersten Besetzung.

Die erste Zeit

Der Moment, in dem ich das Gebäude mit seinem riesigen Garten und den Kreuzgängen das erste Mal betrete, lässt mich sowohl Freiheit als auch Überforderung spüren. So viele Dinge sind zu tun, nein, so viele Dinge kann mensch hier tun und erschaffen, ohne dabei von den Rahmenbedingungen und materialistischen Grenzen so begrenzt zu werden, wie es sonst im Alltag normal ist. Gleichzeitig ist klar, wie viel Verantwortung und Arbeit es bedeutet, dieses Projekt zu gestalten. Aber die Euphorie, die entsteht, weil ich das erste Mal wirkliche Selbstbestimmung einer Gruppe fühle, diese Euphorie spüre ich noch lange nach diesem Freitag. Der Samstag kommt und meine Aufregung steigt, immerhin können nun auch Nachbar*innen und Bürger*innen das Kloster und die Besetzung



Die Siebdruckwerkstatt.

(Bild: red)

von innen sehen und auch Kritik geben. Außerdem ist es für mich der erste Tag seit Langem, an dem wirkliches Leben und Veranstaltungen wieder stattfinden. Und natürlich müssen auch Aufgaben besprochen und Pläne aufgestellt werden. Ich habe viele Plena (Treffen von verschiedenen Menschen oder Gruppierungen) in meinem Leben gehalten, aber selten so praktisch orientierte, wie am Anfang im Kloster. Die Plena, die ich bisher kannte, hatten oft zwar auch Aktionismus zum Ziel, es gab aber (zum Glück) auch viel politischen Diskurs und viele theoretische Inhalte. Denn gerade, weil alle Menschen eine gleiche Stimme erhalten und die Menschen einen Konsens finden müssen, ist es oft der praktische Teil, der erst am Schluss von Diskussionen in den Vordergrund rückt. Und auch wenn die Plena im Kloster den theoretischen Diskurs nicht verstummen lassen und nicht immer gradlinig verlaufen, spüre ich, dass durch die (meist) direkte Umsetzung der Aufgaben die Besetzung für mich realisierbarer wird. Auch die nächsten Tage sind spannend und vielseitig. Während verschiedene Kleingruppen Räume gestalten, Dekoration anbringen oder den Garten umgestalten, bekommt das Kloster ein neues Gesicht und auch wenn dadurch die Orientierung nicht leichter fällt, freut mich dies ungemein. Ich fühle mich unglaublich wohl in dieser kleinen Welt abseits des meist tristen Alltags und der immerzu theoretischen Plena. Der Nachteil ist, die Gesellschaft und ihre Mechanismen wirken natürlich auch an diesem Ort, der in meinen Gedanken ja genau davon Abstand nehmen sollte. Immer, wenn das wieder klar wird, habe ich das Gefühl, dass es mich noch mehr frustriert.

Das voranschreitende Projekt

Vielleicht auch weil es meine erste Besetzung ist, merke ich leider viel zu spät die Grenzen



Die Kirche des Klosters nach zwei Monaten Besetzung.

(Bild: red)

meiner Kapazitäten. Statt nachhaltigem Aktivismus und früher Kommunikation meiner persönlichen Grenzen habe ich mich von meinen anderen Lebensinhalten isoliert. Meine Welt ist das Kloster und trotz der vielen Freude, Gemeinschaft, Arbeit und den politischen Inhalten finde ich hier nicht die Ruhe, die ich ab und zu brauche. So kommt es passend, dass ich eine gewisse Zeit wegen persönlicher Angelegenheiten nicht dort hin kann. Nach dieser Zeit hat sich meine soziale Batterie wieder ein bisschen aufgeladen und ich passe sehr auf, dass ich nicht zu viel Zeit an diesem Ort verbringe. Ich freue mich zu sehen, wie viel passiert ist und fühle mich wieder ein bisschen wie ein Entdecker. Ab diesem Zeitpunkt bin ich nicht mehr so häufig hier, dafür dann sehr bewusst und immer mit viel Motivation. Ich freue mich jedes Mal die Menschen zu sehen und bin mega froh, dass andere tolle Personen ihre Kapazitäten in das Projekt stecken. Denn gerade von der Beteiligung möglichst vieler Menschen leben Orte wie das Kloster.

Mein Fazit

Mit vielen Menschen hatte ich vor der Besetzung nicht viel zu tun, vielleicht kannte mensch sich vom Sehen, vielleicht auch nicht. Aber was sich auf jeden Fall wieder einmal gezeigt hat

ist, dass solche politischen Aktionen viele Menschen näher zusammenbringen und das ist toll. Das Kloster hat mir Autonomie, die sonst im Alltag oft schwer auszuleben ist, ein Stück nähergebracht und ein bisschen das Ohnmachtsgefühl genommen, das sonst häufig entsteht. Ich genieße es, dass Aachen einen Ort bekommen hat, an dem man zusammen mit Menschen, die nicht nur aus der eigenen Blase kommen, Sachen gestalten kann und dass so viele wunderbare Menschen so viele coole Veranstaltungen im Kloster machen. Auch wenn ich mich am Anfang übernommen habe, habe ich allein aus dieser Zeit so viel mitgenommen. Ich habe gelernt, schier unendlich viele Aufgaben zu strukturieren. Ich habe gelernt, meine eigene politische Einstellung ausleben zu können und die Grenzen zu finden. Und natürlich habe ich gelernt, wie viele Menschen eigentlich Interesse an linker Politik haben und wie viel durch die Zusammenarbeit mit diesen Menschen gewonnen werden kann.

T.

Flachwitze mit Torben

Womit cremen Partisanen ihre Haut ein?

Leerstand in Aachen

Circa 5.000 Wohnungen stehen leer, während Menschen keine bezahlbare Wohnung finden, in beengten Sammelunterkünften untergebracht werden, in Lager gesperrt sind oder auf der Straße schlafen. Neueste Hochrechnungen sagen, dass es sogar 8.559 leere Wohnungen sein könnten.¹ Während Menschen leiden, warten die Besitzer:innen der leeren Häuser darauf, dass der Wert des Bodens steigt. Sobald ihnen der Gewinn ausreicht, wird verkauft. Ohne Mieter:innen ist das leichter, eine Luxussanierung und neue Mietverträge ermöglichen den nächsten Besitzer:innen höhere Mieten. Die Bedürfnisse der Bevölkerung zählen wie immer weniger als Profite. Mit diesem Vorgehen verhindern Investor:innen eine gerechte und bedürfnisorientierte Stadtentwicklung. Bekannte Beispiele sind die untere Adalbertstraße und die Fläche am Hohenzollernplatz. An beiden Orten kann der berüchtigte Investor Sauren seinen Besitz seit Jahren leer stehen lassen, ohne Konsequenzen. Dabei hat die Stadt Aachen 2019 ungerechtfertigten Leerstand oder Zweckentfremdung z.B. durch Airbnb mit bis zu 50.000 € unter Strafe gestellt. Bisher wurde jedoch nicht öffentlich bekannt, dass das Gesetz angewendet wurde. Auf der Seite der Stadt Aachen finden sich zwar Formulare, mit denen Bürger:innen Leerstand melden können, dazu aufgerufen wurde allerdings nie.² Die Stadt zeigt bisher leider kein konsequentes Handeln!

Dies könnte daran liegen, dass es laut der Stadt, zu wenig Leerstand für einen funktionierenden Wohnungsmarkt gibt. Aufgrund steigen-

der Nachfrage existiert besonders im Bereich der Sozialwohnungen faktisch kein Leerstand.³ Schließlich bietet der freie Markt kaum noch Wohnungen zu vergleichbaren Preisen. Zu lange wurde zugelassen, dass Mieten erhöht und Wohnraum als Spekulationsobjekte missbraucht werden. Welche Rolle spekulativer Leerstand in Aachen spielt, hat die Stadt nicht benannt. Ein Hinweis darauf, dass dieser Anteil groß sein könnte, ist, dass es häufig teure Wohnungen sind, die lange leer bleiben. Es wäre wichtig, hier genau hinzuschauen um Spekulationsobjekte wieder zugänglich zu machen! Schließlich sind in einer Stadt, in der die Wohnungsnot so stark und Verdrängung so offensichtlich sind, 5.000 Wohnungen eine Menge. Genauso viele Sozialwohnungen fallen in den kommenden Jahren aus ihrer Preisbindung. In so vielen Wohnungen würde circa das halbe Ostviertel unterkommen. Da in Aachen Platz für Neubau kaum noch vorhanden ist, braucht es dringend Lösungen im Wohnungsbestand. Um für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, ist das Ende von spekulativem Leerstand dabei ein wichtiger Beitrag. Einerseits um Mieter:innen zu entlasten und andererseits um die Macht der Investor:innen einzuschränken.

Deswegen fordern wir von der Stadt Aachen ein konsequentes Vorgehen! Sei es mit Strafen oder wie 2016 in Hamburg mit (ggfs. zeitlich begrenzten) Enteignungen!⁴ Wir fordern Straffreiheit für Besetzungen! Wohnungen denen, die drin wohnen! Räume denen, die sie beleben!

Recht auf Stadt Aachen



Pavillon im Klostergarten.

(Bild: red)

¹Holm, A./Regnault, V./Sprengholz, M./Stephan, M. (2021): Muster sozialer Ungleichheit der Wohnversorgung in deutschen Großstädten. ²Aachen.de: Wohnraumschutz und Zweckentfremdung. ³Stadt Aachen (2020): Wohnungsmarktbericht der Stadt Aachen. Seite 11. ⁴Taz (2016): Stadt macht Ernst gegen Leerstand: Hamburg enteignet Hausbesitzer

Gastbeitrag

Racial Profiling am Bahnhof Düren

Ein weiterer „trauriger Einzelfall“



Bahnhof Düren (Symbolbild)

(Bild: Wikimedia Commons)

Triggerwarnung: Racial Profiling durch die Polizei

Leider mussten wir am Bahnhof Düren heute ZeugInnen eines Vorfalls durch die Bahnpolizei werden.

Meine Freundin und ich haben vom Haupteingang kommend das Gleis 1 des Bahnhofs betreten, um den RE1 nach Aachen zu nehmen.

Auf dem Bahnsteig warteten bestimmt 30-40 Bahnreisende auf den Zug, unter ihnen ein einziger Mann mit schwarzer Hautfarbe (Nachfolgend als der Betroffene bezeichnet).

Von der anderen Bahnsteigsseite kamen uns zwei Polizisten und eine Polizistin der Bahnpolizei entgegen mit der Absicht den Betroffenen zu kontrollieren.

Beschreibung der beteiligten Bahnpolizist:innen (Identität, Abteilung konnte nicht festgestellt werden s.u.)

- 1 Mann mit Bart und Glatze, ca. 30-35 Jahre (nachfolgend Polizist 1)

- 1 weiterer Mann, ca. 30 Jahre (nachfolgend Polizist 2)

- 1 Frau mit einem längeren blonden Pferdeschwanz, ca. Mitte bis Ende 20 (nachfolgend Polizistin 3)

Der Betroffene fragte nach dem Grund der Kontrolle, woraufhin Polizist 1 ihm sagte, dass es sich um eine verdachtsunabhängige Personenkontrolle handele. Daraufhin zeigte der Mann bereitwillig seinen Ausweis. Auf weitere Fra-

gen, wie wohin er wolle und ob er ein Zugticket habe, antwortete er, dass er dies nicht beantworten müsse und seine Rechte kenne. „I know my rights, I know my rights. Ich kenne meine Rechte. Sie sind kein Ticketkontrolleur.“ Polizist 1 behauptete, dass der Betroffene dies müsse und dass die Polizei dies einfordern dürfe. Er forderte den Betroffenen daraufhin sehr aggressiv auf, ihm das Zugticket und den Inhalt seiner Hosentaschen und seines Rucksacks zu zeigen. „Haben Sie da ein Messer? Hinten auch nicht? Zeigen Sie!“ Der Betroffene gab Polizist 2 seinen Rucksack, der diesen genauer inspizierte, und zeigte auch den Inhalt seiner Hosentaschen. In den Taschen befanden sich nur Dinge des alltäglichen Lebens wie Taschentücher, Schlüssel und Portmonee. Da ich mit dem Verhalten der drei Beamt:innen und dem Ausmaß der verdachtsunabhängigen Kontrolle nicht einverstanden war, forderte ich die Polizist:innen auf, mir den Grund für die Kontrolle zu nennen. „Was ist der Grund für die Kontrolle? Warum kontrollieren Sie ihn und mich nicht?“ Daraufhin forderte Polizist 1 mich auf, mich zu entfernen, weil gerade personenbezogene Daten erhoben würden und sagte mir, dass sie gesehen hätten, dass der Betroffene etwas in seiner Hosentasche versteckt habe als die drei Beamt:innen über den Bahnsteig gegangen sind. Auf die Frage nach seinen Dienstaussweisdaten antwortete Polizist 1 mir, dass er mir keine Auskunft geben müsse, da meine Freundin und ich nicht Bestandteil der Kontrolle seien und forderte uns erneut auf zu gehen. Daraufhin sprach ich umstehende gaf-

fende Zeug:innen an, ob sie mit der Situation so einverstanden seien und teilte ihnen mit, dass das Verhalten in meinen Augen nicht in Ordnung sei.

Währenddessen kam es zu verbalen Aggressionen der Polizist:innen dem Betroffenen gegenüber. Polizist 1 redete sehr aggressiv auf den Betroffenen ein und forderte ihn gleichzeitig ironischerweise dazu auf, ihn nicht anzuschreien, was der Betroffene überhaupt nicht tat. Polizistin 3 hielt sich während des gesamten Vorfalls im Hintergrund. Es wirkte so, als sei ihr die gesamte Situation sehr unangenehm. Sie schritt zu keinem Zeitpunkt in das Verhalten ihrer beiden Kollegen ein.

Als der Zug einfuhr, endete die Situation und der Betroffene konnte in den Zug einsteigen. Nach der Beschreibung des Vorfalls bleiben folgende Fragen aus meiner Sicht unbeantwortet:

1. Warum wird eine verdachtsunabhängige Kontrolle durchgeführt, wenn der Betroffene bei dem Verstecken von Unbekanntem beobachtet wurde?
2. Warum mussten die eingesetzten Beamt:innen mir nicht ihre Dienstaussweisnummer nennen?
3. Warum verhalten sich Beamt:innen – entgegen ihrer Ausbildung – (verbal) aggressiv und nicht deeskalierend gegenüber beteiligten Personen, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen?

Neben einer Antwort auf diese Fragen erwarte

→ Fortsetzung von Seite 3: Protestkultur in Aachen

16. Juli: FFF Demo wegen Extremereignissen als Folge der Klimakrise. Bis zum 20. August fand jeden Freitag eine FFF Demo statt.

14. Juli: Das Bündnis „TVStud“ fordert Tarifverträge und Mitbestimmung für studentische Hilfskräfte. „Keine Ausnahme!“

02. Juli: Kundgebung am Elisenbrunnen vom SDS Aachen mit dem Titel „Demonstrationsrecht verteidigen! - Die Repressionsorgie von Düsseldorf darf nicht folgenlos bleiben.“ Damit wird Bezug auf die Demo gegen das Versammlungsgesetz NRW am 26. Juni genommen.

01. Juli: Tag gegen antimuslimischen Rassismus. Kundgebung dazu am Elisenbrunnen.

28. Juni: Erneute Demo mit gemeinsamer Anreise aus Aachen gegen das Versammlungsgesetz NRW in Köln aus Protest gegen die massive Polizeigewalt am 26. Juni in Düsseldorf.

26. Juni: Eine Reisegruppe macht sich aus Aachen auf den Weg nach Düsseldorf, um gegen das Versammlungsgesetz in NRW zu demonstrieren.

25. Juni: Ein Mensch besetzt für mehrere Stunden eine Laterne vor dem Amtsgericht Aachen. Die Aktion entsteht in Solidarität mit der Klimaaktivistin Ella. Ella soll für den Protest im Danni für über zwei Jahre ins Gefängnis. „Feuer & Flamme allen Repressionen“ steht auf einem Banner.

24. Juni: Graffiti in einer öffentlichen Toilette in der Innenstadt sagt „smash patriarchy“.



ich eine lückenlose Aufarbeitung des Vorfalls. Dies schließt aus meiner Sicht berufliche Weiterbildung und Schulungen der drei in Düren eingesetzten Beamten in Bereich des Racial Profiling voraus.

Die heutigen Erlebnisse haben mich persönlich und mein Vertrauen in die Rechtschaffenheit der Bundespolizei zutiefst erschüttert.

Weiterhin fand ich es sehr traurig zu sehen, dass es für den Betroffenen anscheinend nicht die erste „verdachtsunabhängige“ Personenkontrolle gewesen ist. Ich habe ihn im Zug noch angesprochen und ihm gesagt, wie leid es mir tut, dass ihm das widerfahren musste. Daraufhin sagte er: „Ich bin halt Ausländer.“

SAN

Oops, he did it again

Marlon Gego ist und bleibt ein miserabler Journalist

Bereits im vergangenen Jahr veröffentlichten BAZ/AN einen Artikel von Marlon Gego anlässlich der Ermittlungen gegen einen Mitarbeiter des „Café Zuflucht“. Im Zuge dessen berichteten wir „über das Elend des Lokaljournalismus“ und druckten einen Leserbrief des Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit Aachen (AKS) ab (Ausgabe 3/Dezember 2020). In diesem wird Gegos tendenziöse „Berichterstattung“ heftig kritisiert und demontiert.

Mittlerweile wurde das Verfahren gegen den „Café Zuflucht“-Mitarbeiter eingestellt. Über diese Einstellung berichtete erneut Gego in den

lokalen Zeitungen. Wir möchten an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, auf die Gegendarstellung des Refugio e.V., Trägerverein des „Café Zuflucht“, hinzuweisen, in welcher Gegos Berichterstattung abermals scharf kritisiert wird. Wieder einmal „wurden [...] ethische Standards [des Journalismus] durch Herrn Gego missachtet.“

Zusammenfassend heißt es in der Stellungnahme: „[Es] drängt sich uns erneut der Eindruck auf, dass durch den Artikel das [...] zivilgesellschaftliche und menschenrechtliche Engagement für Geflüchtete durch gewollte Falsch-

formationen und tendenziöse Berichterstattung öffentlich diskreditiert werden soll. Hierzu bieten die renommierte Beratungsstelle Café Zuflucht und unser Mitarbeiter eine passende Projektionsfläche. Analog zur Kriminalisierung der Seenotrettung von ertrinkenden Menschen wird die Beratungsarbeit unseres Mitarbeiters und das Café Zuflucht als Ganzes diskreditiert und kriminalisiert.“

red

Die gesamte Stellungnahme findet sich auf der Homepage des „Café Zuflucht“: www.cafe-zuflucht.de

Flachwitze mit Torben

Mit Revolution.

Sudoku

4				3	7			
			2					9
				1	5	3	4	6
	2	6	3			7		
	9	3				4	1	
1								
8	4					5		
			1				8	3

Grenzüberschreitungen

Politische Fluchthilfe während des NS in der Region um Aachen

„Da mußten die Juden und die Politischen flüchten, verstehen Sie? Und da hat sich mein Mann speziell für eingesetzt damals, soviel wie möglich Leute rüberzuholen.“ Truus Schumacher und ihr Mann Otto leisteten zwischen 1933 und 1940 Fluchthilfe für politisch Verfolgte und jüdische Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich. Die gebürtige Niederländerin und ihr deutscher Mann sind ein Beispiel für politisch motivierte Fluchthelfer während des Nationalsozialismus: Sie waren organisiert in der kommunistischen Organisation „Rode Hulp“ (Rote Hilfe). Mit Hilfe der Organisation schleusten sie Menschen über die Grenze und boten Ihnen zeitweise Unterschlupf in ihrer Wohnung im niederländischen Schaesberg nahe der Grenze bei Aachen. Ihre Geschichte ist kein Einzelfall: In der Region Aachen leisteten verschiedene Gruppen und Einzelpersonen politisch motivierte Fluchthilfe.

Warum mussten Menschen fliehen?

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Februar 1933 flüchteten zunächst vor allem die „Politischen“ – also Kommunist*innen, Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen. Denn der Terror der Nationalsozialisten richtete sich vornehmlich gegen die linke Opposition. Zehntausende politische Gegner wurden festgenommen und in improvisierten Lagern inhaftiert. Die Existenz dieser Lager wurde vom Regime nicht geheim gehalten, sondern in Presseberichten gezielt zur Einschüchterung politischer Gegner genutzt. Und dieses Drohszenario verfehlte seine Wirkung nicht: So berichtet der Aachener Sozialdemokrat Herr von W. in einem Zeitzeugeninterview: „Und die Ängstlichkeit und die Vorsicht, die wurde dadurch noch verschärft, weil es ja durch Gruppen der SS und der SA nächtlicherweise Besuch gab, und daß ein Mann oder sonst jemand einfach mitgenommen wurde und verschwand. Manche kehrten nach einiger Zeit wieder zurück, aber die meisten blieben weg.“ Linkes politisches Engagement und Widerstand gegen die Nationalsozialisten wurde also nach 1933 zu einer (lebens-)gefährlichen Tätigkeit. Angesichts dieser Gefahr zogen sich viele Partei- und Gewerkschaftsmitglieder ins Privatleben zurück. Doch einige Mitglieder von KPD, SPD, Gewerkschafter*innen und Angehörige kleiner linker Parteien und Gruppierungen schlossen sich in konspirativen Gruppen zusammen. Diese Gruppen leisteten auf vielfältige Weise Widerstand. Viele verbreiteten im Exil gedruckte oppositionelle Zeitungen und Broschüren und einige Gruppen leisteten in der Grenzregion aktive Fluchthilfe.

Wer hat geholfen?

Die Rote Hilfe war als Vorfeldorganisation der KPD traditionell für die Unterstützung von politischen Gefangenen und ihren Angehörigen verantwortlich. Während des Nationalsozialismus leistete die Organisation im Aachener Raum aber auch Fluchthilfe. Zunächst wurden vor allem Genoss*innen der KPD über die Grenze gebracht. Mitglieder der Roten Hilfe wie Johann Kogel halfen aber auch jüdischen Flüchtlingen bei der Flucht. Bei dieser Arbeit wurden die Vorteile einer international organisierten Struktur deutlich: Die Rote Hilfe bzw. die „Rode Hulp“, als niederländische Sektion der Roten Hilfe konnte vor allem auf die Unterstützung von Bergbaukumpeln auf beiden Seiten der Grenze zählen. In dieser Struktur engagierten sich auch das eingangs genannte Ehepaar Truus und Otto Schumacher.

Die Fluchthilfe aus dem Umfeld von sozialdemokratischen Widerstandsgruppen im Aachener Grenzgebiet war weniger institutionalisiert. Herr von W. berichtet, er sei als bekannter Sozialdemokrat von Menschen auf der Straße angesprochen worden und habe ihnen dann mit seiner Ortskenntnis im Aachener Wald beim Dreiländerpunkt über die Grenze nach Belgien geholfen. In den Jahren 1934-35 half er so rund einem Dutzend teils jüdischen Flüchtlingen über die Grenze.

Auch der sozialdemokratisch gesinnte Gewerkschafter Peter Spiegelmacher ist ein Beispiel für diese eher informelle Grenzarbeit. Zunächst schmuggelte er nach der Gleichschaltung der Presse 1933 illegale sozialdemokratische Zeitungen mit seinem Motorrad. Später brachte er gefährdete Genoss*innen über die Grenze. Auch mehreren jüdischen Menschen half er bei der Flucht. Bei seiner Fluchthilfe schlug Peter Spiegelmacher verschiedene Routen ein: Mal durch den Wald bei Petergensfeld, mal über die Felder zwischen Fringshaus und Konzen. Im Dezember 1933 wurde Peter Spiegelmacher wegen illegaler Tätigkeit für die SPD denunziert und verhaftet. Er wurde zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt.

Im Aachener Raum organisierte ebenfalls eine kleine Gruppe von etwa zehn bis 15 Anarchosyndikalisten*innen Fluchthilfe. Vernetzt war dieser Aachener Widerstandskreis mit Genoss*innen im belgischen Kelmis, in Vaals und Heerlen in den Niederlanden sowie mit deutschen Anarchosyndikalisten*innen in Merkstein und Palenberg. Bei der Organisation der Fluchthilfe über die „Grüne Grenze“ hatte die Gruppe bereits vor

der nationalsozialistischen Machtübernahme Erfahrungen gesammelt. Die Flüchtenden wurden zunächst ausgefragt und überprüft, um Spitzel der Nazis auszuschließen. Anschließend wurde die Flucht vorbereitet und durchgeführt. Die Fluchthilfeaktionen der Gruppe fanden bis 1940 statt, dabei lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden. In der ersten Phase in den Jahren 1933/34 betraf die Fluchthilfe ca. 30-40 Anarchosyndikalisten*innen und andere Linke. Bei der Flucht wurde die Route durch Vaals und Kelmis eingeschlagen. In der zweiten Phase von 1934-1936 wurde eine Route im Norden von Aachen bei Merkstein eingeschlagen. In der dritten Phase von 1937-1940 nahmen die Fluchthelfer wegen der hohen Repressionsgefahr eine südliche Route durch die dünn besiedelten Eifelaläufer nach Belgien.

Die besondere Rolle der Grenzregion

Besondere Möglichkeiten für Schmuggel und Fluchthilfe bot die Gegend um Aachen durch die Ballung eines Industrieraumes in unmittelbarer Grenznähe, besonders durch den Bergbau mit seiner traditionell starken Verankerung der KPD. An der niederländischen Grenze fanden daher vor allem durch Kommunisten organisierte Fluchtbewegungen statt. Auch die Grenze zwischen dem deutschen Herzogenrath und dem niederländischen Kerkrade bot besonders günstige Umstände für eine Flucht. Die beiden Orte sind zusammengewachsen und werden durch eine Straße, die Neustraße bzw. Nieuwstraat geteilt. Der Fluchthelfer Otto Schumacher berichtet, dass Flüchtlinge dort durch ein auf der Grenze gebautes Haus geschleust wurden: „Wir gingen durch die Vordertür rein – deutsch – und durch die Hintertür raus – niederländisch.“

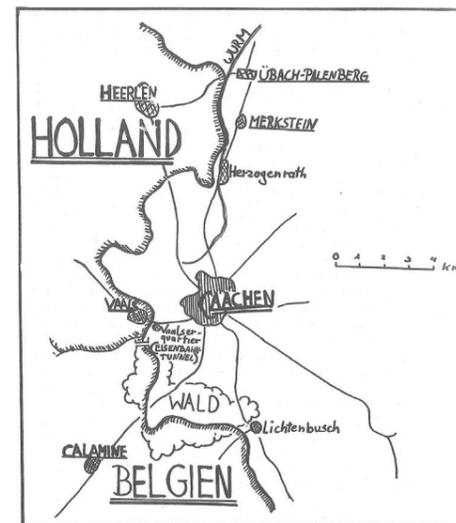
Neben dem städtischen Gelände bot auch die unmarkierte in der Natur verlaufende und so schwer abzuschwernde „Grüne Grenze“ Möglichkeiten zur Flucht. Im dünn besiedelten Grenzgebiet zu Belgien nutzten Flüchtlinge vor allem Wege durch Feld, Wald und Wiese.

Was das illegale Überqueren der Grenze betraf, gab es in Aachen und der weiteren Umgebung bereits Erfahrungswerte. Schon seit den 20er Jahren florierte im Grenzgebiet der Schmuggel unter anderem von Kaffee, Tee und Schokolade. Fluchthilfe profitierte davon auf zwei Arten: Zum einen gab es Wissen über sichere Wege über die Grüne Grenze. Teils gab es aber auch einen sehr direkten Zusammenhang: Professionelle Schmuggler brachten auf dem Hinweg Waren nach Deutschland und transportierten und auf dem Rückweg Flüchtlinge über die Grenze.

Grenzregime

Die deutschen, niederländischen und belgischen Behörden versuchten jeweils ihre Grenzen zu sichern und die Flucht bzw. illegale Grenzübertritte zu verhindern. Dabei waren Zoll und Polizeibehörden sehr unterschiedlich aufgestellt.

Auf deutscher Seite wurde die 224 Kilometer lange Grenze des Aachener Regierungsbe-



Das Grenzgebiet bei Aachen: Hier wurde auf verschiedenen Routen Fluchthilfe geleistet.

(Karte: Theissen et al.)

zirks durch die Geheime Staatspolizei Gestapo gesichert. Die Gestapobeamten wurden von SS-Hilfsgrenzern unterstützt. Die Beamten hatten die Weisung illegale Auswanderer festzusetzen und ins Konzentrationslager zu überführen. Dieser Anweisung wurde nicht immer Folge geleistet. Einige jüdische Flüchtende, die von der Gestapo aufgegriffen wurden, berichten, dass man sie ihrer Wertsachen beraubt und über die Grenze nach Belgien oder in die Niederlande geschickt habe. Doch in vielen anderen Fällen betrieb die Gestapo einigen Aufwand und setzte Flüchtlinge fest, um die Fluchthelfer und deren Netzwerke aufzudecken.

Die belgische Grenze wurde bereits seit Ende der 20er Jahre einer strengen Zollaufsicht unterworfen, um die regen Schmuggelaktivitäten zwischen Belgien und Deutschland zu unterbinden. In diesem Zusammenhang gab es von belgischer Seite einen Erlass, nach dem illegale Grenzgänger innerhalb einer 15 Kilometer breiten Zone jenseits der Grenze nach Deutschland zurückgewiesen werden mussten. Hatten Flüchtlinge die 15 Kilometer Zone überwunden so hatten sie gute Chancen an einen sicheren Ort jenseits der Grenze zu gelangen. Wurden sie jedoch innerhalb des Korridors aufgegriffen, so brachten belgische Gendarmen sie bis zur Grenze. Von dort mussten sie möglichst ungesehen von deutschen Grenzbeamten wieder nach Deutschland gehen.

Die niederländische Grenzpraxis setzte dem gegenüber auf eine Kooperation mit den deutschen Behörden. An der niederländischen Grenze wurde eine rigorose Antiflüchtlingpolitik gefahren. Flüchtlingen ohne Papiere droht im Falle einer Festnahme durch die niederländischen Behörden, direkt abgeschoben und der Gestapo ausgeliefert zu werden. Innenpolitisch wurde diese Politik als Schutz gegen Überfremdung in Anbetracht einer wirtschaftlich angespannten Lage gerechtfertigt, außenpolitisch wird sie auch als Anbiederung an das nationalsozialistische Deutschland bewertet.

AK Antifa Aachen

Infos zum Thema

Schauplätze und Geschichten von Flucht und Widerstand im Raum Aachen werden dokumentiert durch die Initiative „Wege gegen das Vergessen“. Weiterführende Informationen und teils Stadtpläne mit Hinweisen auf Gedenkorte findet ihr unter: www.wgdv.de (Aachen) • www.wege-gegen-vergessen.de (Herzogenrath)

Literatur zu (nicht nur politischer) Fluchthilfe im Aachener Grenzgebiet:

Günther Ginzel (Hg.), „... das durfte keiner wissen!“. Hilfe für Verfolgte im Rheinland von 1933 bis 1945; Gespräche, Dokumente, Texte.*

Stefan Kirschgens, Wege durch das Niemandsland. Dokumentation und Analyse der Hilfe für Flüchtlinge im deutsch-belgisch-niederländischen Grenzland in den Jahren 1933 bis 1945.*

Rolf Theissen u.a., Anarcho-Syndikalistischer Widerstand an Rhein und Ruhr, Meppen 1980.*

Jürgen Küppers, Arbeiterwiderstand und Verfolgung im Grenzland. Aachen 1933 - 1945, Aachen 1983.**

*ausleihbar im Infoladen Aachen **ausleihbar in der Stadtbibliothek Aachen



Der Fluchthelfer Otto Schumacher im Gespräch mit der niederländischen kommunistischen Zeitung De Waarheid im Jahr 1979. (Bild: De Waarheid Archiv)

Der 9. November: ein Datum deutscher Geschichte

Über Arbeiterhass und Antisemitismus

Der 09. November wird gemeinhin als das deutsche Geschichtsdatum bezeichnet. Zumeist wird zu den Daten 1918, 1923 und 1938 noch das Jahr 1989 ergänzt und die Zufälligkeit der Datengleichheit dieser Jubiläen betont. Dabei besitzen die drei erstgenannten Daten durchaus einen unmittelbaren inneren Zusammenhang. Das sollte aus antifaschistischer Perspektive nicht aus dem Blick verloren werden. Ausgangspunkt des 09. November soll für diese Betrachtung der 09. November 1918 sein, der Tag der Novemberrevolution. Kaiser Wilhelm II ist zurückgetreten, Philipp Scheidemann als Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) proklamierte die „Deutsche Republik“, während wenige Stunden später Karl Liebknecht als Vertreter des Spartakusbundes die „freie sozialistische Republik Deutschland“ verkündete. Die Ausrufung zweier unterschiedlicher Republikformen, die sich im Sinne der MSPD als parlamentarische Staatsform und im Sinne der USPD bzw. des Spartakusbundes als Räte- und Arbeiterdemokratie verstand, machte deutlich, dass selbst die Vertreter:innen der politischen Linken von der Dynamik der revolutionären Entwicklung überrascht wurden.

Ringens um die Revolution

Ausgehend von dem dominanten politischen Einfluss der MSPD beschloss eine große Mehrheit des 1. Reichsrätekongresses am 16. Dezember 1918 die baldige Durchführung freier Wahlen für eine Nationalversammlung und die Selbstauflösung der aus der Revolution hervorgegangenen Arbeiter- und Soldatenräte, um die politischen Ergebnisse der Revolution durch eine parlamentarische Demokratie zu legitimieren. Zugleich beschloss der Kongress die sofortige Sozialisierung kriegswichtiger Industrie-

zweige und die Kontrolle des Militärs. Anders als durch den Reichsrätekongress festgelegt, waren die Anhänger:innen der revolutionären Arbeiterräte jedoch nicht bereit, ihre politische Macht widerstandslos abzugeben. Als auf Veranlassung der MSPD am 04. Januar der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn (USPD) entlassen wurde, beschloss der Vorstand der Berliner USPD zusammen mit den Revolutionären Obleuten am folgenden Tag eine Protestdemonstration durchzuführen. Die Obleute waren frei gewählte und damit von den Gewerkschaften und der MSPD unabhängige Betriebsräte. Sie hatten sich im Verlauf des Ersten Weltkriegs vor allem in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet und u. a. den Januarstreik 1918 organisiert. Als Kriegsgegner:innen hatten sie sich überwiegend der USPD angeschlossen. Die Führungen von USPD und KPD beschlossen rasch, die begonnene Besetzung diverser Verlagsgebäude und Druckereien zu unterstützen. Besetzer:innen und Parteienvertreter:innen bildeten am Abend des 05. Januar einen etwa 50-köpfigen „Revolutionsausschuss“. Dieser rief die Berliner Bevölkerung am Folgetag zu einem Generalstreik für den 07. Januar und zum Sturz der Regierung Ebert auf. Dem Aufruf folgten etwa 500.000 Menschen, die in die Innenstadt strömten.

Macht durch Gewalt

Die Reaktion der MSPD-dominierten Teile der Reichsregierung (Rat der Volksbeauftragten) ließ nicht auf sich warten. Gestützt auf den Ebert-Groener-Pakt vom November 1918, mit dem die MSPD sich der militärischen Unterstützung der kaiserlichen Reichswehr für das Zugeständnis versichert hatte, dass die Generäle die Befehlsgewalt über die Armee behalten konn-

ten, wurden bewaffnete Einheiten gegen die Revolutionär:innen in Marsch gesetzt.

Am 10. Januar überfiel die Brigade Reinhard unter Leitung des Kommandanten von Berlin, Oberst Wilhelm Reinhard, das Hauptquartier der Revolutionär:innen in Spandau. Am 11. Januar gab Gustav Noske (MSPD) den Einsatzbefehl gegen die Besetzer:innen des „Vorwärts“. Die Angreifer:innen waren mit Kriegsausrüstung bewaffnet und ihren Gegner:innen daher weit überlegen. Das Freikorps Potsdam eroberte das Gebäude mit Flammenwerfern, Maschinengewehren, Mörsern und Artillerie. Auch weitere besetzte Gebäude und Straßen im Zeitungsviertel wurden bis zum 12. Januar erobert. Das Militär erschoss über hundert Aufständische und eine unbekannte Zahl von Zivilist:innen vor Ort. Später wurde offiziell von 156 Todesopfern ausgegangen.

Am 13. Januar rückten die umliegenden Freikorps in die Stadt ein. Das Größte von ihnen war die so genannte Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter dem Offizier Waldemar Pabst, der im Krieg General Hans von Seeckt unterstand. Am 14. Januar verhafteten Soldaten der Einheit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und ermordeten die beiden Führer:innen der neu gegründeten KPD auf bestialische Weise. Die „Berliner Zeitungen“ begrüßten den Einzug nach Ende der Kämpfe als Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“.

Doch damit war die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Bestrebungen in Deutschland noch nicht beendet. In der ersten Märzhälfte fanden in Berlin bewaffnete Auseinandersetzungen und Barrikadenkämpfe statt, bei denen über 1.200 Revolutionär:innen durch Freikorps und Militär ermordet wurden. Parallel zu den Berliner Märzkämpfen fanden auch im Ruhrge-

biet und im damaligen mitteldeutschen Industrieviertel um Halle/Merseburg Generalstreiks statt. Ausgangspunkt der Märzkämpfe war die Forderung weiter Teile der revolutionären Arbeiter:innenschaft nach Umsetzung der beschlossenen Sozialisierung der Schlüsselindustrien sowie der Bewahrung des Räte-Systems. Beide Forderungen waren zentrale Anliegen der Novemberrevolution. Die Sozialisierung war im Dezember 1918 zwar vom ersten „Reichsrätekongress“ aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen worden, aber die neue Regierung unternahm keinerlei Schritte zu ihrer Umsetzung.

Niederschlagung der Novemberrevolution führt in den Holocaust

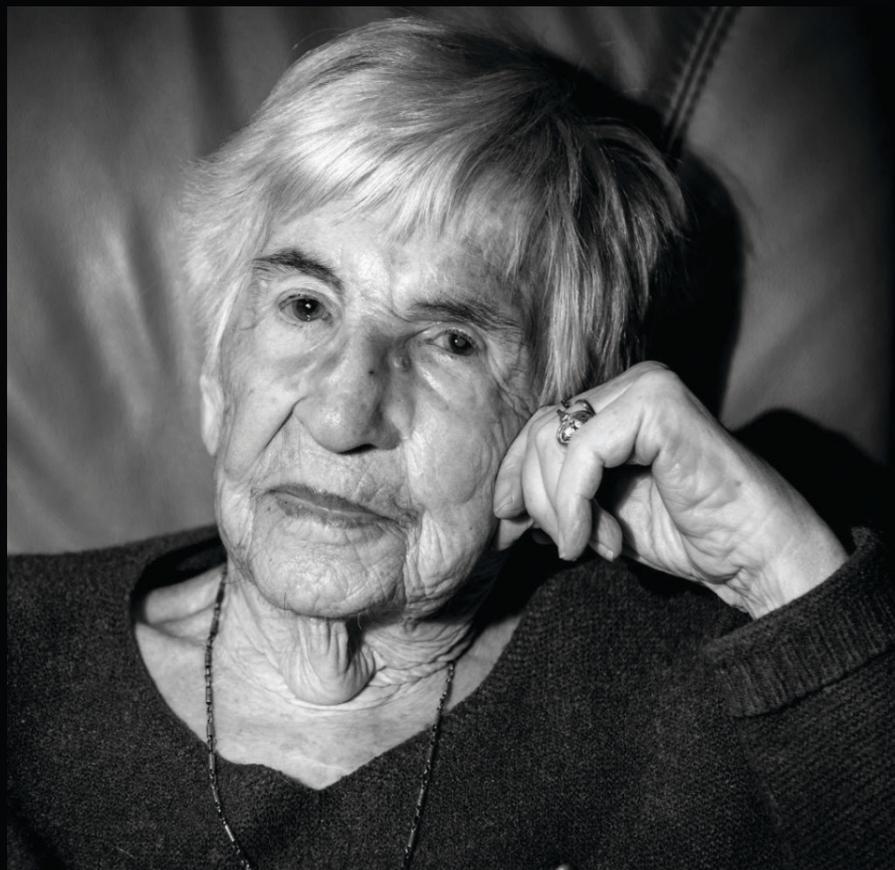
Die Brutalität der Niederschlagung der revolutionären Bewegung machte deutlich, wie gefährlich diese aus der Sicht der politisch und wirtschaftlich Herrschenden eingeschätzt wurde. Der Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung wurde zum bestimmenden Moment in der Geschichte der Weimarer Republik. Folgerichtig war ihr Ende die Installation des Faschismus mit seiner deutschen Besonderheit, dem eliminatorischen Antisemitismus, dem Holocaust.

Als die Nazis am 09. November 1938 die Synagogen im ganzen Reich niederbrannten, stimmten sie ein auf den Judenmord. Und große Teile der Bevölkerung hatten sich auf das Feindbild des Juden eingelassen. Die Niederlage des Kampfes um Arbeiterrechte und Demokratie war die entscheidende Voraussetzung des kommenden Holocaust.

VVN-BdA Aachen

Ullrich Schneider & Detlef Peikert

„Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf den Staat überhaupt nicht verlassen.“



Esther Bejarano, deutsch jüdische KZ-Auschwitz-Überlebende und engagierte Antifaschistin (aktiv im VVN-BdA, sowie im Internationalen Auschwitz-Komitee), verstarb am 10.07.2021. Wir wollen an sie mit einem ihrer Zitate erinnern.

(Bild: dpa)



Leser*innenbrief

Triggerwarnung - Eine Antwort auf einen Leser:innenbrief

Ich habe den Leser:innenbrief „Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht! Über den Umgang mit Triggerwarnungen“ in der fünften Ausgabe gelesen und musste wirklich oft meine Augenbrauen hochziehen. Wofür in diesem Beitrag geworben wird, halte ich aus verschiedenen Gründen für fatal. Ich versuche das in ein paar Sätzen zu erklären.

Die Autorin macht sich für einen differenzierteren Gebrauch von sogenannten Triggerwarnungen (TW) stark. Der inflationäre Gebrauch von Triggerwarnungen, die inzwischen überall zu lesen und hören sind, könnte allerdings nicht die erhoffte Wirkung erzielen. Wirkliche Traumata nämlich werden durch das ständige Warnen vor allen möglichen Triggern bagatellisiert oder sie wirken eher wie eine selbsterfüllende Prophezeiung: Durch das Vorstellen von Triggerwarnungen werden Erwartungssängste bei den Leser:innen von Texten ausgelöst, die einen gegenteiligen Effekt haben, wie eine Studie der Harvard University zeigt¹. Paradox ist überhaupt der Wunsch aus unserem gesamten Leben eine Art Safe Space machen zu wollen. Gesellschaft tut weh, das ist nicht immer schön, aber damit müssen wir uns auseinandersetzen. Die Aufforderung der Autorin, sich in jeder Situation das Einverständnis einzuholen, über bestimmte Thematiken sprechen zu dürfen, hat eher zur Folge, dass weniger oder nicht mehr offen darüber gesprochen wird. Das ständige Einfordern von Einverständnis sowie von „umsichtigem Umgang“ und „Achtsamkeit“ mag zwar förderlich für eine wohligh-mollige Atmosphäre unter Freund:innen sein, aber dies im politischen Diskurs untereinander zu fordern, wo auch schonmal die Fetzen fliegen dürfen und selbstverständlich – und das ist auch gut so – nicht alle einer Meinung sind, ist Nonsense. Ein Diskussionskiller ist vor allem auch, wenn das eigene Gekränktheit oder die eigene Identität zum Argument gemacht werden. Der identitäre Appell, bevor man etwas sagt, erst einmal seine eigene Kurzbiographie – hier die Sprecher:innenperspektive – mitzuteilen, kommt einem Sprechverbot für diejenigen gleich, die beispielsweise aufgrund ihrer Hautfarbe und der damit vielleicht nicht gemachten Erfahrungen, über ein Thema besser schweigen sollten. So ein Schmarrn. Ob ich etwas Vernünftiges oder doch nur Mist zu einer Diskussion beitragen kann, sollte definitiv von der eigenen Hautfarbe oder Identität getrennt werden. Ich appelliere dafür, das identitäre Moment, die Dinge zwanghaft kategorisieren zu müssen und nur noch in Gut und Böse, Schwarz und Weiß zu denken, doch etwas herunterzufahren und sie als etwas komplexer wahrzunehmen als sie erscheinen. Bis dahin trete ich dann doch lieber in das ein oder andere Fettnäpfchen, denn das gehört dazu. Nobody's perfect.

Ein Leser der Tacheles

¹ <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/achtung-warum-triggerwarnungen-wenig-bringen>

Keine mehr - Wir wollen uns lebendig!

Am 25. November jährt sich wieder der Tag gegen Gewalt an Frauen. Wir blicken auf ein Jahr zurück, in dem diese weiterhin bedroht, geprügelt und ermordet wurden, nur weil sie Frauen sind. Immer wieder lesen wir in der Presse von Übergriffen auf Frauen. Jedoch wird Gewalt gegen sie insbesondere im häuslichen Kontext nach wie vor bagatellisiert und Femizide, also der Mord an Frauen, weil sie Frauen sind, nicht als solcher anerkannt. In den Nachrichten wird dann von „Familiendramen“ berichtet. Übergriffe gegen Frauen werden in unserer Gesellschaft nach wie vor als ein Kommunikationsproblem oder als eine Frage des Dresscodes heruntergespielt und damit den Betroffenen eine Mitschuld an der Tat gegeben. An dieser Stelle wird verkannt, dass die Gewalt gegen Frauen System hat.

Die erlebte Gewalt im häuslichen Kontext stellt laut WHO das größte Gesundheitsrisiko für Frauen und Mädchen dar. Gewalt in Partnerschaften oder im familiären Kontext ist die häufigste Ursache für Verletzungen bei ihnen. Jede vierte Frau in Deutschland war bereits betrof-

fen. So ist das eigene Zuhause für Frauen und Mädchen der gefährlichste Ort. In diesen Zusammenhängen sind oft (Ex-)Partner die Täter. Situationen, die einer Gewalthandlung häufig vorausgehen, sind Trennungen oder Scheidungen. Mit der Tat wird versucht wieder Macht über die Frau und die Situation zu erlangen. Oft sprechen Frauen und Mädchen nicht über die erlebte Gewalterfahrung, da diese immer noch gesellschaftliche Norm ist und bei den Betroffenen die Scham über die erlebte Gewalt zu sprechen groß ist. Laut einer Studie von Schröttle und Müller aus dem Jahr 2004 wurde die Situation von Frauen als besonders bedrohlich empfunden, wenn es eine finanzielle Abhängigkeit vom (Ex-)Partner gab.

So ist das eigene Zuhause für Frauen und Mädchen der gefährlichste Ort.

Diese Situation stellt in einer patriarchal, kapitalistisch organisierten Gesellschaft, wie der unseren, keinen Einzelfall dar, sondern ist die Regel. Frauen sind immer noch für die meisten unbezahlten reproduktiven Tätigkeiten verantwortlich. Sie kochen, putzen, trösten, erziehen Kinder und pflegen unentgeltlich die Kranken und Alten im Familienverbund. Oft werden diese Tätigkeiten nicht als Arbeit bewertet. In einer Gesellschaft, die kapitalistisch organisiert ist und den Wert von Menschen an Hand ihrer Arbeitskraft misst, werden unentgeltlich ausgeführte Tätigkeiten und die damit verbundenen Personen nicht als wertvoll betrachtet, da sie eben keinen Wert schaffen. So werden Frauen in unserer Gesellschaft nicht als selbstständige Akteurinnen anerkannt. Ihnen bleibt nach wie vor das Recht auf körperliche Selbstbestimmung rechtlich verwehrt. Finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse werden weiterhin individualisiert und die gesellschaftliche Dimension von vermeintlich privaten Konflikten wird verkannt. Darum ist es wichtig, wenn man von Gewalt gegen Frauen spricht, nicht nur die individuelle Ebene zu betrachten, sondern auch immer die strukturelle Ebene mit in den Blick

zu nehmen. Denn Gewalt gegen Frauen kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn sich gesellschaftliche Strukturen ändern, die individuelle Gewalthandlungen gegen Frauen, weil sie Frauen sind, ermöglichen. Als erster Schritt ist es wichtig diese sichtbar zu machen und als ein gesellschaftliches Problem anzuerkennen. Obwohl zahlreiche feministische Kämpfe der letzten Jahrzehnte für Frauen konkrete Verbesserungen für ihren Alltag erbracht haben, sind wir von einer tatsächlichen Gleichberechtigung weit entfernt. An vielen Stellen fand nur eine rhetorische Modernisierung statt. So ist es zwar nicht mehr legal Frauen zu schlagen, wenn sie nicht spüren, trotzdem bedeutet weibliche Sozialisation weiterhin manifeste Gewalterfahrungen. Der Kapitalismus schafft sowohl reale Abhängigkeiten als auch abstrakte Abwertungsmechanismen und wiederholt diese immer wieder, um sich zu erhalten. Unsere Gesellschaft ist folglich auf der Gewalt gegen Frauen aufgebaut. Dies gilt es zu benennen und zu verändern.

Unsere Gesellschaft ist folglich auf der Gewalt gegen Frauen aufgebaut.

Wir möchten das Leiden und die Gewalt, die tagtäglich Frauen und Mädchen im kapitalistischen Patriarchat widerfährt sichtbar machen und werden darum auch dieses Jahr wieder eine Kundgebung am 25. November zum Tag gegen Gewalt an Frauen um 18:30 Uhr am Elisenbrunnen veranstalten. Wir möchten unsere Wut, unsere Trauer und unsere Angst in Widerstand umwandeln und ein Ende der Gewalt gegen Frauen auf allen Ebenen fordern.

Wir möchten unsere Wut, unsere Trauer und unsere Angst in Widerstand umwandeln und ein Ende der Gewalt gegen Frauen auf allen Ebenen fordern.

Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt



Poster Tag für ein Ende der Gewalt 2021
(Grafik: Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt)

Filmrezension: „Je suis Karl“

Keine leichte Kost

Geschlossene Grenzen, viele Menschen, die versuchen auf die andere Seite der Grenze zu gelangen, um Asyl in Europa zu bekommen. Einer von ihnen ist Yusuf, durch die Hilfe von zwei Berliner*innen schafft er es versteckt in ihrem Auto über die Grenze. Die beiden Fluchthelfer*innen sind Alex und Inès, sie nehmen Yusuf für ein Jahr in ihrer Wohnung auf. Ein Bombenanschlag in Berlin. Die Bombe ex-

plodiert im Haus von Alex und Inès. Nur Alex und seine Tochter Maxi überleben. Die Schlagzeilen lauten „Islamistischer Anschlag“, doch die eigentlichen Attentäter*innen sind extreme Rechte aus einer europaweit vernetzten Bewegung. Diese begehen False Flag Anschläge. Einer der Anführer*innen der Bewegung ist Karl, er emotionalisiert und manipuliert, er ist eine der Hauptpersonen. Wenn er spricht schwimmt sein extrem rechtes, menschenverachtendes Gedankengut in populistischem, patriotischem Gelaber. Das Beste, was er sich vorstellen kann ist „sinnvoll zu sterben“.

Die zweite Hauptperson des Films ist Maxi, die Überlebende der Bombenexplosion. Der Anschlag und der Tod ihrer Familie reißt ein Loch in ihr Herz und ihr Leben. Karl sucht Maxi, findet sie, fängt an sie zu umgarnen und für die neurechte Massenbewegung zu instrumentalisieren. Sie versteht erst ganz am Ende worauf sie sich eingelassen hat, doch da ist es bereits zu spät. Die Umsturzpläne der Neofaschisten führen zu bewaffneten Auseinandersetzungen inklusive rassistischer Hetzjagden in ganz Europa.

Die Darstellung der europaweiten Bewegung als Teil einer neuen Rechten ist gar nicht mal so unrealistisch, ihre Medienstrategie ist extrem manipulativ und populistisch, wie auch ihre Führungspersonen. Soziale Medien spielen für

sie eine große Rolle bei Meinungsmache, Emotionalisierung und Machtgenerierung. Ihre Strategie erinnert dabei an Identitäre Bewegung, AfD und Front National. Die gezeigten Verstrickungen mit Preppern, bewaffneten Neonazis und der parlamentarischen Rechte sind leider realitätsnah.

Der Film enthält durchgängig ekelhafte rassistische Propaganda und Gewaltdarstellungen ohne ausreichende Gegenpositionen oder angemessene kritische Einbettung. Dadurch ist der Film auch keine leichte Kost. Auch fällt auf, dass sich nicht mit der Geschichte von Yusuf und seiner Familie auseinandergesetzt wird. Zum Beispiel wird angeschnitten, dass sein Bruder wahrscheinlich auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken ist, darauf wird nicht weiter eingegangen. Doch am Ende ist er die entscheidende Person, die Maxi und Alex hilft der bürgerkriegsähnlichen Situation von „Tag X“ zu entfliehen. Er ist die einzige Person im ganzen Film, die nicht weiß ist oder eine EU Staatsbürgerschaft hat. Nur durch ihn wird den Zuschauer*innen eine authentische Perspektive auf Flucht, Migration und Betroffenheit von Rassismus vermittelt. Der Film reproduziert die Probleme populistischer, skandalisierender Medienarbeit, die er selbst zu kritisieren versucht. Beispielsweise der Titel spielt auf die Solidaritätsbekundungen

→ Fortsetzung auf Seite 13



Szene aus „Je suis Karl“: Alex und Yusuf.

(Bild: Pandora Film)

→ Fortsetzung von Seite 12: Filmrezension: „Je suis Karl“ nach dem Charlie Hebdo Anschlag an („Je suis Charlie“), das wird im Film gar nicht aufgegriffen. Die Frage ob der Film auch einem Nazi gefallen könnte kam mir in den Kopf und ich konnte sie

nicht mit „Nein“ beantworten. Die Personen im Film, hauptsächlich Nazis, bieten viel Fläche zur Identifikation und wirken dadurch zu sympathisch auf die Zuschauenden. Ich hätte mir eine klarere politische Haltung gewünscht, etwas weniger Interpretationsspielraum und

mehr Aufklärungscharakter. Ich würde diesen Film nicht mit gutem Gewissen für Geld im Kino anschauen, ihn zu Bildungszwecken zeigen oder diesen einfach so weiter empfehlen. Für Menschen, die sich kritisch mit der neurechten Bewegung und deren Darstellung in Film und

Fernsehen befassen möchten ist das dennoch der richtige Film.

Ach übrigens, in diesen Film wurden mehr als drei Millionen Euro Fördergelder reingepumpt.

Xanthippe & Latuda

Safe Abortion Day 2021

150 Jahre §218 sind genug!

Am 28. September demonstrierten 200 Menschen in Aachen für sichere Abtreibungen. Das feministische Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt und International Feminists in Aachen riefen am Tag für sichere Abtreibungen, dem Safe Abortion Day, zur Kundgebung am Elisenbrunnen auf. Der 28. September ist ein internationaler Tag, an dem Feminist*innen auf der ganzen Welt für sichere Abtreibungen protestieren. Laut der WHO (Weltgesundheitsorganisation) sind weltweit nur rund die Hälfte der 56 Millionen durchgeführten Abtreibungen sicher. In Deutschland sind Abtreibungen nicht legal, sondern nur unter gewissen Bedingungen straffrei. Das Thema wurde in unterschiedlichen Redebeiträgen auf der Kundgebung beleuchtet.

Der diesjährige Safe Abortion Day stand bundesweit unter dem Motto: „150 Jahre Widerstand gegen §218 StGB sind genug!“. Der §218 des Strafgesetzbuches regelt sowohl das unter Strafe stellen von Schwangerschaftsabbrüchen, als auch die Bedingungen unter denen das Beenden einer Schwangerschaft straffrei ist. Dies hat konkrete Auswirkungen, sowohl auf durchführende Mediziner*innen, als auch auf ungewollt Schwangere. Wie im gehaltenen Redebeitrag der Students for Choice herausgearbeitet wurde, bedeutet die Illegalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen auch, dass angehende Mediziner*innen die Methoden für Abbrüche nicht standardmäßig innerhalb der gynäkologischen Ausbildung lernen. Zudem ist in diesem Zusammenhang der §219a wichtig zu benennen. Dieser regelt ein so genanntes Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche. Tatsächlich bedeu-

tet dies, dass Ärzt*innen nicht über Abbrüche im medizinischen Sinne informieren dürfen. Der §219a bildet die Grundlage dafür, dass Gynäkolog*innen, die über Schwangerschaftsabbrüche informieren, strafrechtlich verfolgt/angezeigt werden können. Dies nutzen AbtreibungsgegnerInnen nicht selten, um Ärzt*innen auf dieser Grundlage durch Anzeigen, die Strafgefahren zur Folge haben, unter Druck zu setzen das Informieren zu unterlassen. Ein bekanntes Beispiel ist hierfür die Gynäkologin Kristina Hänel. Mit ihrer Methode sind die AbtreibungsgegnerInnen der sogenannten Pro-life Bewegung erfolgreich. Immer weniger Gynäkolog*innen trauen sich aus Angst vor Kriminalisierung darüber zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche anbieten beziehungsweise durchzuführen. Die Zahl der Ärzt*innen und Kliniken, die Abtreibungen durchführen, ist sinkend. Von einer flächendeckenden, zugänglichen Versorgung von ungewollt Schwangeren kann an dieser Stelle nicht die Rede sein.

So verkommt die medizinische Versorgung von Frauen und Mädchen an dieser Stelle zu einer moralischen Gewissensfrage und es findet keine Trennung von Kirche und Staat statt, wie das Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt in ihrer Rede herausarbeiten. Für das Abtreibungsverbot gibt es keine säkulare Begründung. Der Hintergrund des Gesetzes ist ein religiöser. So wird an dieser Stelle davon ausgegangen, dass der Fötus ein Ebenbild Gottes sei. Leben wird hier umgedeutet und die (ungewollt) Schwangere muss alles in ihrer Macht stehende tun, um den Fötus zu versorgen. Das Leben von Schwangeren wird dem des Fötus innerhalb dieser Lo-

gik untergeordnet. Frauen wird an dieser Stelle das Recht auf körperliche Selbstbestimmung abgesprochen.

So verkommt die medizinische Versorgung von Frauen und Mädchen an dieser Stelle zu einer moralischen Gewissensfrage und es findet keine Trennung von Kirche und Staat statt

Dass dieses Denken weiterhin Bestand hat, ist aus zwei Gründen nicht verwunderlich. Erstens findet eine tägliche Abwertung von Frauen und Mädchen im kapitalistischen Patriarchat statt, wie der Artikel vom Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt, der auch in dieser Ausgabe erschienen ist, ausführt. Zweitens findet man in unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens in wichtigen Positionen AnhängerInnen und SympatisantInnen der sogenannten Lebensschutz-Bewegung. Wir führten in unserer Rede bei der Kundgebung zum diesjährigen Safe Abortion Day aus, welchen Einfluss christliche FundamentalistInnen innerhalb von politischer Entscheidungsfindung haben. So wiesen wir die Nähe des gescheiterten Kanzlerkandidaten und Aachener CDU Politikers Armin Laschet zu der fundamentalistischen katholischen Sekte Opus Dei nach.

Diesen Zuständen gilt es mutig entgegenzutreten und die Rechte von Frauen und Mädchen, sowie aller ungewollt schwangeren Personen

zu erkämpfen. So konnte im Kampf um Gleichberechtigung und dem Zugang zu sicheren Abtreibungen auch Gewinne erzielt werden. Wie die International Feminists in Aachen in ihrer Rede berichteten, wurde beispielsweise in Mexiko das Recht auf Abtreibung durch die feministische Bewegung erstritten. Auch benannten sie Beispiele, in denen ungewollt Schwangere sicher abtreiben und so weiterhin selbstbestimmt ihr Leben führen konnten. Gleichzeitig berichteten sie von ungewollt Schwangeren, die keinen Zugang zu sicheren Abtreibungen hatten. Dies hatte für die betreffenden Personen dramatische Folgen. Es wird deutlich, dass das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen nicht zu mehr ausgetragenen Föten führt, sondern zum Ansteigen von unsicheren Abtreibungen. Konkret bedeutet dies, dass Frauen, Mädchen und andere ungewollt schwangere Personen in ihrer Verzweiflung zu Schirmen, Stöcken oder Stricknadeln greifen müssen, um die Schwangerschaft zu beenden. Sie riskieren Verletzungen, Blutvergiftungen, Sterilität und in der Folge das eigene Leben. Diesen Zustand möchten wir nicht hinnehmen! Darum gilt es nicht nur die Abschaffung der §218 und §219a zu fordern, sondern für die Rechte von Frauen und Mädchen, sowie aller ungewollt schwangeren Personen weltweit zu kämpfen. Denn wir sind erst dann sicher und frei, wenn alle Menschen frei sind.

Es wird deutlich, dass das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen nicht zu mehr ausgetragenen Föten führt, sondern zum Ansteigen von unsicheren Abtreibungen.

Diskursiv Aachen



Plakataktion Safe Abortion Day.

(Grafik: International Feminists in Aachen)

Leser*innenbrief



Selbstbestimmung oder Nordisches Modell?

In der letzten Ausgabe der Tacheles tauchte in der Protestkultur eine Notiz zu Graffiti auf, die „Rotlicht aus“ und „Nordic Model now“ fordern. Ich finde es wichtig, darauf hinzuweisen, dass einvernehmliche Sexarbeit existiert. Das nordische Modell drängt aber in der Praxis alle Sexarbeiter*innen in die Illegalität und unsichere Arbeitsbedingungen und ist tatsächlich wenig hilfreich dabei, Menschenhandel, Übergriffe oder die Verbreitung von STIs zu verhindern. Viele Sexarbeiter*innen weltweit setzen sich deshalb gegen das nordische Modell ein und fordern stattdessen mehr Selbstbestimmung und soziale Absicherung. Anstatt mit Verboten, die darauf abzielen Sexarbeit als Ganzes abzuschaffen wären besser Unterstützungsangebote (z.B. finanziell, Beratungsangebote, Bleibeperspektive für Sexarbeitende ohne Aufenthaltsstatus) sowie die Entstigmatisierung von Sexarbeit vonnöten. Siehe z.B. *sexarbeit-ist-arbeit.de* (unter „Protest gegen Sexkaufverbot“) oder *nonordicmodel.com/de*.

Eine Tacheles-Leserin, die die Protestkultur im Übrigen sonst super findet.

Mikeschs Tipps und Tricks im Arbeitsalltag

Heutiges Thema: Arbeitslosengeld I (ALG I)

Grundsätzlich sind die Sozialversicherungen ja eine gute Sache. Wird man z.B. arbeitslos, gibt's bis zu einem Jahr lang (wenn ihr Ü50 seid, sogar zwei Jahre lang) Arbeitslosengeld I, sofern man zuvor für mindestens zwölf der vergangenen 30 Monate sozialversicherungspflichtig eingestellt war. Je nachdem ob man kinderlos ist oder Kinder hat, beläuft sich die monatlich ausgezahlte Summe auf 60% bzw. 67% des vorherigen Durchschnittsbruttoeinkommens. Voraussetzung ist allerdings, dass man sich mindestens drei Monate vor Eintreten der Arbeitslosigkeit bei der Agentur für Arbeit als arbeitssuchend meldet (bei unerwarteter Kündigung so schnell wie möglich). Außerdem darf der Verlust des Arbeitsplatzes nicht selbstverschuldet sein. Ihr solltet deshalb gewisse Möglichkeiten beim Schopfe packen, um ohne zu Arbeiten das Geld, das ihr ohnehin selbst eingezahlt habt, zurückzuholen. Eine Möglichkeit ist das Ende der Ausbildung: Meldet euch einfach drei Monate vor Ausbildungsende arbeitssuchend und achtet bei eurer Bewerbung darauf, dass zwischen Ausbildungsende und Beginn der neuen Anstellung ein bis drei Monate liegen. Für diesen Zeitraum könntet ihr problemlos ALG I beziehen, ohne dass euch die Agentur vermittlungsmäßig auf die Nerven geht.

Wenn ihr länger ALG I beziehen möchtet, werdet ihr vermutlich in Weiterbildungsmaßnahmen gesteckt oder auf Bewerbungstour geschickt. Ihr könnt hierbei natürlich gängige Hinhalte- und Verzögerungstaktiken verwenden.

Vorsicht bei selbstverschuldeter, also selbst eingereicherter oder mutwillig provozierte Kündigung! Hier kann eine dreimonatige Sperrfrist greifen, die sich aber mittels Einspruch umgehen lässt. Einspruch könnt ihr einlegen, wenn ihr einen der folgenden Gründe für die Kündigung nennen könnt:

- Stress, Überforderung, Mobbing
- Sexuelle Belästigung oder Straftaten seitens des Chefs
- Verzögerte Lohnfortzahlung
- Pflege von Angehörigen
- Bilden einer Erziehungsgemeinschaft fürs Kind

Vorwürfe, das Abschöpfen von Geldern aus den Sozialversicherungen sei moralisch verwerflich, möchte ich entschieden zurückweisen, schließlich sollte der Großteil der Beiträge eigentlich von den Reichsten der Reichen gestemmt werden. Solange das aber nicht der Fall ist (Beitragsbemessungsgrenzen, keine Vermögenssteuer, etc.), sollen sich die gegängelten Werkstätigen ruhig so viel zurückholen wie möglich. Gönnst euch!

Euer Mikesch

Horoskop mit Hubert

Skorpion (24.10.-22.11.): Wer Gruben gräbt, kann dabei selbst hineinfallen. Grabe doch lieber Beete dabei besteht weniger Verletzungsgefahr.

Schütze (23.11.-21.12.): Freund:innen sind sehr wichtig! Wie sieht's aus? Pflegst du den Kontakt? Schreib mindestens dreien eine Nachricht, dass du an sie denkst!

Steinbock (22.12.-20.01.): Belüge dich doch nicht selber, damit wird der Weg nur länger.

Wassermann (21.01.-19.02.): Es wird langsam kälter, hast du schon mal überlegt deine Freund:innen zu einem warmen Tee zu dir einzuladen? Die würden sich sehr freuen!

Fische (20.02.-20.03.): Was macht Sinn und was nicht? Und was ist, wenn der Sinn für dich ein anderer ist, als für die, die dir gegenüber sitzen?

Widder (21.03.-20.04.): Das innere Team von Schulz von Thun: schon mal was davon gehört? Wenn nicht dann lies dich ein! Das kann dir helfen.

Stier (21.04.-20.05.): Schon mal ein Wattestäbchen zu tief ins Ohr gesteckt? Genau, das macht gar keinen Spaß!

Zwilling (21.05.-21.06.): So jetzt ist's auch mal gut mit dem Gründe vorschreiben warum dies oder jenes nicht klappt. Manchmal muss mensch für die eigene kleine Revolution auch was tun.

Krebs (22.06.-22.07.): Schonmal daran gedacht, dass Reflexion auch von dir selber kommen muss? So wie es in den Wald hinein schallt, so schallt es auch aus ihm heraus.

Löwe (23.07.-23.08.): Ohoo, es wird Zeit einen oder auch zwei Gänge runter zu schalten! Oder hast du vor das so ewig durchzuziehen? Piano mon amour!

Jungfrau (24.08.-23.09.): Du bist wie ein Trüffelschwein, immer auf der Suche nach Dingen im Untergrund, aber pass bloß auf und schau ab und zu nach oben sonst wird der Nacken steif!

Waage (24.09.-23.10.): In den sauren Apfel beißen ist vielleicht zunächst unangenehm, aber am Ende des Tages deutlich gesünder als dir Honig ums Mündlein schmieren zu lassen.

Hier findest du die neuste Ausgabe der Tacheles

- ➔ Infoladen Aachen, Bismarckstr. 37
- ➔ Pfannenzauber, Suermondplatz 12
- ➔ Das Kloster, Lousbergstr. 14
- ➔ Buchladen 39, Pontstr. 39
- ➔ Bar Cantona, Bismarckstr. 47 (keine Spendenmöglichkeit)



Tacheles Release Kneipe

24. November 18:00 AZ Aachen

Beteiligte Gruppen



AK Antifa Aachen

<<akantifaac.noblogs.org>>



Bürger*innenasyll Aachen

<<buergerinnenasyllaachen.noblogs.org>>



Diskursiv Aachen

<<diskursivaachen.noblogs.org>>



Knit & agitate

<<knitandagitate.noblogs.org>>



Recht auf Stadt Aachen

<<rechtaufstadt-aachen.de>>

Über uns

Das Wort „Tacheles“ kommt aus dem Jiddischen und bedeutet so viel wie Klartext reden - genau das ist unser Anspruch als linkes Zeitungsprojekt in Aachen. Wir wollen eine kritische Perspektive auf das Geschehen in und um Aachen werfen und in unseren Beiträgen Menschen zu Wort kommen lassen, die sonst oft nicht gehört werden. Die Zeitung ist ein gemeinsames Projekt der Aachener Gruppen AK Antifa, Bürger*innenasyll, Diskursiv, Knit & Agitate und Recht auf Stadt und wird herausgegeben von einem Redaktionskollektiv. Sie erscheint aktuell alle drei Monate. Die geäußerten Meinungen entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion, für die Texte und Inhalte sind die jeweiligen Autor*innen bzw. interviewte Menschen verantwortlich. Wir freuen uns über Kritik, Fragen, Anregungen und Leser*innenbriefe! Die Zeitung ist bis auf weiteres kostenlos erhältlich, deswegen ist jede Spende gern gesehen, um unsere Kosten zu decken.

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen

- ➔ tacheleszeitung.noblogs.org
- ➔ tacheles-aachen@riseup.net



Ein Gedicht Gegen Montag

Meine Jacke gegen Regen,
wer gewinnt?
Das Leben ist eine stechende Verschwendung
mit einer Reihe von kurzen,
durchsonnten Unterbrechungen.
Oder ist es eine Frage der Mode?

Deine gelbe Mütze gegen Montagsbeklemmung,
wer gewinnt?
Das Leben ist eine genüsslich befreite Woche
und genug Enge am Montag
um sieben Tage zu ersticken.
Oder ist es die Freiheit selbst?

Eiscreme mit Schokoladensöße gegen
Selbstinszenierungsöde,
wer gewinnt?
Schließlich bleibt nichts Echtes an gerahmter
Kunst,
nur fette Kühe sind fähig.
Oder rührt Bestrafung von notwendiger Egozentrik?

Deine dunklen Augen
im dunkelsten Februar

gegen

alle vergebenden Freunde dieser Welt,
wer gewinnt?

Das Leben ist eine einzige Vereinsamung,
erhalten durch die Illusion der All-ein-samkeit.
Oder ist es gelb?

Noush Talai

Impressum

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen
tacheles-aachen@riseup.net

Tacheles Nr. 6, Nov. 2021 - Auflage 1.000 Stück

Vi.S.d.P.: Miriam Schmidt
Ahornstr. 25, 52074 Aachen

Die Verteiler*innen der Zeitung sind nicht identisch mit den Herausgeber*innen. Eigentumsverbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den*die Adressat*in Eigentum des*der Absender*in. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe von Gründen an den*die Absender*in zurückzusenden.

Lösung Sudoku Ausgabe Nr. 5

9	4	5	6	7	3	1	2	8
7	1	6	2	8	9	4	5	3
3	8	2	5	1	4	6	9	7
4	7	3	1	2	5	8	6	9
8	2	1	9	4	6	7	3	5
6	5	9	8	3	7	2	4	1
5	9	4	7	6	8	3	1	2
2	6	8	3	5	1	9	7	4
1	3	7	4	9	2	5	8	6